

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: 17 Amt Dönhof 292 bis 297
Telegrammbezeichnung: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Angehörige
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ranzige Margarine fürs Volk!

Der Landbund befiehlt — das Schleicherkabinett gehorcht — die Notverordnung kommt!

Aus den übereinstimmenden Meldungen der Presse — die Regierungstellen hüllen sich nach wie vor in Schweigen — muß man jetzt den Schluß ziehen, daß die Veröffentlichung der famosen Butter-Margarine-Verordnung unmittelbar bevorsteht.

Die einhelligen Proteste der gesamten Verbraucherenschaft und der Gewerkschaften haben nichts genutzt. Es hat bei der Reichsregierung auch keinen Eindruck gemacht, daß selbst weite Kreise der Bauernschaft — Bauernvereine des Südens und Westens und die Molkereigenossenschaften — deutlich haben erkennen lassen, daß sie sich von einem Butterbeimischungszwang zur Margarine für die Besserung der Butterpreise nichts versprechen. Aber die Großagrarien und Hugenberg, in ihrem Auftrage der Reichsernährungsminister Freiherr von Braun, bestehen auf ihrem Schein. Herr von Schleicher, der Reichstanzler, hat zu diesem volkswirtschaftlichen Anflug, durch den man allein die Deutschnationalen glaubt an der Stange halten zu können, seine Zustimmung gegeben. Und so wird der Anflug einfach verordnet!

Der Rest ist sogenannte Bauernbutter. Bauernbutter kann bestenfalls 12 Tage lang gehalten werden.

Mit Margarine vermischt macht die Bauernbutter die Margarine nach 12 Tagen ranzig. Der durchschnittliche Umschlag der in Deutschland erzeugten Margarine beansprucht aber 50 bis 60 Tage!

Es ist aber den Herren im Reichsernährungsministerium keinen Augenblick eingefallen, sich ernsthaft um diese technischen Fragen zu kümmern. Denn hätte man es getan, dann hätte das ganze Butterbeimischungsprojekt überhaupt nicht zur Diskussion gestellt werden können.

Auch noch Schluderarbeit!

Vollständig offen sind auch andere Fragen. So die Frage der Kontrolle. Wir haben an sechs Dutzend Margarinefabriken in Deutschland. Soll die Butterbeimischung in der Praxis wirklich er-

folgen, dann genügt es nicht, daß man die Abnahme der Butter durch die Margarinefabriken kontrolliert, sondern man muß auch in jeder Riste die tatsächlich erfolgte Beimischung kontrollieren, weil die Margarinefabriken unter Umständen besser dabei fahren könnten, die ihnen aufgezwungenen Buttermengen einfach wieder auf dem Markt zu verkaufen! Daß man im Reichsernährungsministerium bewußt davor die Augen geschlossen hat, daß eine Butterbeimischung zu den teuren Margarineforten diese so verteuert, daß nur noch die geringwertigen Margarineforten gekauft werden, der Butterabfuhr auf die Dauer weiter sinken und schließlich auch die leicht ranzig werdende Bauernbutter nicht mehr gekauft wird, das haben wir hier so oft gesagt, daß wir es nicht mehr zu wiederholen brauchen.

Es ist selbstverständlich, daß die organisierte Arbeiterenschaft durch diese unsinnige und verteuernde Maßnahme nur zur Verschärfung ihres Widerstandes gegen das Kabinett Schleicher ermahnt wird.

Der Schulputsch

Der Kurs vom 20. Juli geht weiter

Der Schulputsch in Preußen ist die konsequente Fortsetzung des reaktionären Anschlags vom 20. Juli. Als Herr von Schleicher an der Schwelle des Reichstanzleramtes stand, versicherte er, daß er den 20. Juli ebenso bedauere, wie die Art und Weise, in der Otto Braun und Carl Severing behandelt worden seien. Dieser deutlichen Distanzierung in Worten vom Papen-Kurs in Preußen stand schon damals die Tatsache gegenüber, daß der 20. Juli unter aktiver Mitwirkung der Reichswehr erfolgt ist und daß die Reichswehr benutzt worden ist, um eine Politik der Durchsetzung der preussischen Verwaltung mit Monarchisten und Stodreaktionären, mit deutschnationalen Parteibuchbeamten und Junkerprüfungen durchzuführen. Seitdem nun Herr von Schleicher Reichstanzler ist, hat sich in Preußen nicht das geringste geändert. Ganz im Gegenteil: die reaktionäre Papen-Politik, die Politik der Provokation der Republikaner wird unentwegt fortgesetzt. Wo noch Lücken geblieben sind in der deutschnationalen Parteibuchbeamtenpolitik, werden sie jetzt geschlossen!

Seit dem 20. Juli regiert deutschnationale Parteibuchpolitik die Stunde in Preußen. Die gesamte Verwaltung und die Personalpolitik ist einer kleinen, aber stodreaktionären Partei ausgeliefert, die keinerlei Rücksicht im Volke hat und allgemein verhaßt ist, als der Horz der frechsten, dümmsten und provokatorischsten Reaktion.

Am 20. Juli haben Papen und seine Freunde ihren Streich in Preußen vollführt unter dem Vorwand, daß Ruhe und Ordnung gestört seien. Es war der eklatanteste Mißbrauch der einschlägigen Verfassungsbestimmungen, der sich denken läßt. Sie haben sofort den Belagerungszustand verhängt, um unter seinem Schutze erprobte republikanische Beamte von hoher Qualifikation aus den Ämtern zu entfernen und deutschnationale Parteibuchbeamte an ihre Stelle zu setzen. Von Ruhe und Ordnung war so wenig weiter die Rede, daß nach dem Vorgehen in Preußen der ungeheure Anstieg der Terrorwelle und nach ihm die Verordnung über die Sondergerichte erfolgte! Wie sehr durch den 20. Juli Ruhe und Ordnung gefördert worden sind, das haben Papen und seine Freunde selbst erfahren, als sie nach der letzten Reichstagswahl durch einen Sturm der Entrüstung und Empörung aus dem Amte verjagt wurden. Der 20. Juli hat in Wahrheit Ruhe und Ordnung gestört, denn wer glaubt, daß die fortgesetzten reaktionären Provokationen in Preußen nicht geeignet seien, die Erbitterung und den Jörn der republikanischen Bevölkerung zu verstärken, der ist in einem fundamentalen Irrtum befangen!

Empörend ist nicht nur die Tatsache der Auslieferung der preussischen Verwaltung an die Reaktion (schlechthin, empörend ist noch viel stärker die Unehrlichkeit der Ausreden, die die Parteibuchbeamten-Politik nur notdürftig verdecken. Erst hat man von der Notwendigkeit des Schutzes von Ruhe und Ordnung gesprochen. Eine zweite Welle des Beamtenstubs ging unter dem Schlagwort der Verwaltungsreform, eine dritte unter dem Vorwand der Sparmaßnahmen. Um wahre Verwaltungsreform und Sparmaßnahmen hat es sich dabei so wenig gehandelt, daß inzwischen die meisten Stellen der von ihren Ämtern entfernten republikanischen Beamten wieder besetzt worden sind! Unter diesen nichtigen Vorwänden ist der

Die SA.-Feme in Dresden

Ein SA.-Mann wegen Begünstigung verhaftet

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Dresden, 27. Dezember.

In Jreital bei Dresden wurde bei einem Nazi-Konzert der SA.-Mann Bormann aus Icharandt verhaftet. Bormann wird beschuldigt, den SA.-Mann Schenk, den vermutlichen Mörder des Nationalsozialisten Henrich, zur Flucht verholfen zu haben. Schenk hatte Henrich am 4. November spät abends an eine bestimmte Stelle beordert, um ihm angeblich einen Sonderausflug zu erteilen. Bormann war einer der Kronzeugen der Staatsanwaltschaft in einem Prozeß gegen acht Reichsbannerleute, der dieser Tage zur Verhandlung kommen sollte, aber auf Grund der Reichssammler abgesetzt wurde.

Die Mutter des ermordeten SA.-Mannes Henrich hat der Parteileitung der NSDAP mitgeteilt, daß sie bei der Beerdigung ihres Sohnes weder ein Mitglied der Partei oder der SA, noch irgendeine Kranzspende von dieser Seite zu sehen wünsche.

Hitler und die Mutter des Ermordeten

Jetzt wird ein Brief der Mutter des ermordeten Henrich bekannt, die in ihrer Sorge am 8. Dezember, also sieben Wochen, nachdem ihr Sohn verschwunden war, von Dresden aus an Hitler und Röhm nach München geschrieben hat. Die Mutter bezeichnet das Verschwinden ihres Sohnes als rätselhaft, bittet Hitler und Röhm scheinlich, ihr doch ein Wort des Trostes zu sagen, und spricht ihre Enttäuschung darüber aus, daß bisher noch kein Borgefänger ihres Sohnes, der stets als Nationalsozialist keine Pflicht getan habe, zu ihr gekommen sei, um sie zu beruhigen. Sie habe gemeint, in der Partei Hitlers bestehe Kameradschaft. Der Verhalten der Dresdener Ortsgruppenleitung sei ganz unmöglich. Wörtlich schreibt dann die Mutter an Hitler und Röhm:

„Hier in Dresden funktioniert der NSDAP-Apparat irgendwie nicht richtig. Wie kann eine Mutter so im Stich gelassen werden von der Partei, für die der Sohn alles eingelebt hat, vielleicht sogar das Leben?“

Die Mutter schreibt weiter, es sei doch das Allergeringste gewesen, daß man ihr eine Nachricht hätte zukommen lassen. Mit dem Verschwinden ihres Sohnes sei ihr auch ihre einzige wirtschaftliche Stütze genommen worden. Zum Schluß bittet die Mutter Hitler und Röhm um Benachrichtigung, ob sie nicht von der Partei,

bei der ihr Sohn doch auch versichert sei, eine kleine Beihilfe bekomme könne.

Auf diesen Brief haben Hitler und Röhm überhaupt nicht geantwortet!

Am 15. Dezember schrieb im Auftrage des „Chefs des Stabes“, Röhm, der Oberführer Seydel an die bekümmerte Mutter Henrich. Der Brief ist sehr kurz und lautet in seinem Hauptteil: „Zu meinem Bedauern muß ich Ihnen mitteilen, daß der Oberste SA.-Führer sowohl der Name Ihres Sohnes Herbert Henrich wie auch sein plötzliches Verschwinden gänzlich unbekannt waren. Bei einer Organisation von 100 000 ist das wohl begreiflich. Heil Hitler!“

Wieder Nazi-Bombenanschlag!

Stolberg (Kr. Landsberg), 27. Dezember.

In der vergangenen Nacht wurde vor dem Hause des ehemaligen Anfallsbeamten Berneber-Jag ein Bombenattentat verübt. Die Bombe explodierte unter dem Raum, den die Eheleute Berneber-Jag noch vor einigen Tagen als Schlafzimmer gebraucht hatten. Die Fenster wurden vollständig zertrümmert. Verletzt wurde niemand. Bisher wurden in dieser Angelegenheit drei Mitglieder der NSDAP verhaftet.

Reichstag Mitte Januar Entscheidende Sitzungen

Nachdem Herr Göring die nächste Sitzung des Reichstages erst auf Mittwoch, den 4. Januar, angelegt hat, wird die erste Sitzung des Reichstags nicht vor dem 10. Januar, vielleicht gar noch eine Woche später stattfinden, da die Nationalsozialisten immer wieder Zeit zu gewinnen suchen — bald verschiebt ihr Präsident, bald verschieben sie selber.

Am Beginn der Tagung wird die Regierungserklärung, die politische Aussprache und die Abstimmung über Mißtrauensvoten und Notverordnungen stehen, die diesmal zusammen ziemlich eine Woche in Anspruch nehmen dürfen. Dabei entscheidet sich das Schicksal der Regierung Schleicher und des Reichstags — falls bis dahin die Nationalsozialisten nicht erneut umgefallen sind. Eine Gewißheit über ihre Haltung besteht auch heute noch nicht.

Die Regierung Schleicher mußte, um sich einführen zu können, die größten politischen und sozialen Lorbeeren des Papen-Kabinetts reparieren. Der Butterbeimischungszwang ist die erste Äußerung einer selbständigen Politik des Schleicher-Kabinetts. Aber dieser erste Akt selbständiger Politik wird als neuer wirtschaftspolitischer Skandal in die Geschichte eingehen!

Wie wir erfahren, wird es sich bei der Butterbeimischungsverordnung um eine einfache Ermächtigung des Reichsernährungsministers handeln, die Butterbeimischung anzubringen. Die Feststellung der beizumischenden Mengen und der zur Beimischung bestimmten Margarinequalitäten werden wahrscheinlich Durchführungsbestimmungen überlassen bleiben.

Das entspringt aber nicht etwa höherer Einsicht oder klarer Erkenntnis dessen, was man will. Klar ist nur, daß man den großagrarischen Kreisen und Hugenberg aus politischen Gründen ein Interessentenhaufen-Geschäft machen muß. Unklar dagegen und völlig unbedacht ist alles, was technisch und wirtschaftlich zur Durchführung des Projektes gehört. Es kann nicht mehr als die allgemeine Ermächtigung des Reichsernährungsministers verordnet werden, weil man keine Ahnung hat, wie diese Butterbeimischung zur Margarine auszufehen hat, damit sie zu einem Erfolge führt!

In Holland ein Mißerfolg

Der Hinweis auf das gelungene holländische Beispiel ist auf Dummheit berechneter. In Holland war die Sache so, daß man plötzlich die überschüssige Butter im Auslande nicht mehr unterbringen konnte, weil der Exportmarkt zu schlecht wurde. Deshalb versuchte man die Butterbeimischung zur Margarine, die im übrigen auch ein Mißerfolg wurde. Sie wurde ein Mißerfolg, obwohl Holland fast nur Markenbutter, also die allerbeste Butter, beimischte und obwohl der Umschlag dieser hochwertigen Buttermargarine nur etwa 12 Tage beansprucht.

Ranzige Margarine fürs Volk!

Im Gegensatz zu Holland ist Deutschland ein Buttereinfuhrland. Ueberschüssige Butter gibt es in Deutschland nicht, die bezuzumengen wäre. Darüber hinaus aber sind von den rund 300 000 Tonnen Butter, die Deutschland erzeugt, nur etwa 40 000 Tonnen Markenbutter.

Die Last der Bürgersteuer

Die Sozialdemokratie kämpft gegen die Ungerechtigkeiten

Prozentsatz des Adels bei den höheren Beamten in Preußen wieder so gesteigert worden, daß er fast an den Prozentsatz heranreicht, der in den mildesten und reaktionärsten Zeiten des wilhelminischen Regimes bestand. Das Wörtchen „von“, das deutsch-nationale Parteibuch und die Zugehörigkeit zu feudalen Korps sind heute die Qualifikation für eine höhere Beamtenstellung in der preussischen Verwaltung!

Jetzt reden sie wieder von Sparmaßnahmen, weil sie die preussischen Provinzialschulkollegien bis zum letzten Posten deutsch-nationalen Parteibuchbeamten ausliefern wollen. Die sozialdemokratischen Beamten in den Provinzialschulkollegien, Beamte von hoher Qualifikation, deren Namen als Fachleute weithin bekannt sind, sollen entfernt werden, weil eine deutsch-nationale Clique die Schulen in ihre Hand bekommen will. Der Geist des Reichskommissars für das preussische Kultusministerium, des stotternden Professors Kähler aus Greifswald, treibt dabei sein Wesen. Er hat an Einzelfällen gezeigt, wie ausgezeichnet er sich auf die Parteibuchbeamten-Politik versteht! Es ist der Geist der Breslauer Universitätsprofessoren, der Geist jener Erbärmlichkeit, die in der Erklärung des Breslauer Senats gegen Professor Cohn zum Ausdruck gekommen ist, der nach den preussischen Provinzialschulkollegien greift. Es ist ein Geist reaktionärster Besinnung, ein Geist der Unkultur, der nicht mehr in die Zeit paßt, ein Geist des Muckertums und der Feindschaft gegen jede Freiheit!

Man wage nicht, uns zu erzählen, daß der reaktionäre Anschlag auf die Provinzialschulkollegien auch zu der berühmten Herbeiführung der Ruhe und Ordnung in Preußen nach Papens Rezept gehören — denn solche Maßnahmen fördern lediglich den weißglühenden Zorn aller Republikaner. Damals gingen sie unter der Firma des Herrn von Papen, heute unter der Firma des Generals von Schleicher. Aber ihr reaktionärer Charakter und ihre Volksfeindschaft ist die gleiche geblieben. Die tolle Zeit der Reaktion ist noch nicht vorbei! Sie provoziert weiter und sichert damit die Gründlichkeit der künftigen Abrechnung schon heute!

Das deutsch-nationale Parteibuch

Die „Ueberparteilichkeit“ des schwarzweißroten Kommissars im preussischen Volksbildungsministerium Professor Kähler ist kürzlich in einem besonders krassen Fall durch eine Anfrage der sozialdemokratischen Landtagsfraktion beleuchtet worden. Dieser Kommissar, einst deutsch-nationaler Abgeordneter des Preussischen Landtags, heute noch Mitglied der deutsch-nationalen Partei, ordnete kürzlich durch einen Erlaß an das Provinzialschulkollegium Berlin die Verlegung des deutsch-nationalen Landlehrers Rüdiger aus Sommer nach Berlin an. Dieser Rüdiger, gegenwärtig deutsch-nationaler Abgeordneter des Preussischen Landtags, hat sich jahrelang dem Schuldienst entzogen und dafür eine besonders honorierte Tätigkeit in der Bienenwirtschaft ausgeübt. Wahrscheinlich haben ihn seine Kenntnisse der Bienenzucht die besondere Hochachtung der deutsch-nationalen Partei eingebracht. Jedenfalls benötigt sie ihn in Berlin. Die Berliner Lehrer-Zeitung äußert sich darüber in ihrer Nr. 51 wie folgt:

„Rüdiger wird in Berlin für die deutsch-nationale Partei gebraucht, und da er sich wahrscheinlich noch nicht pensionieren lassen will, sollen die Berliner Schulen, in denen für solche Fälle anscheinend immer Platz ist, obgleich Junglehrer über Junglehrer abgebaut werden, ihm eine Stelle als Lehrer oder Rektor freimachen. Das soll sich Berlin stillschweigend gefallen lassen.“

Das ist Parteibuchwirtschaft übelster Sorte. Weist ein deutsch-nationaler Lehrer vom Lande in Berlin von seiner Partei benötigt wird, ordnet der deutsch-nationale Preußenkommissar Kähler auf dienstlichem Wege seine Verlegung nach Berlin an!

In einem griechischen Grenzort bei Kifis wurde bei einem Zusammenstoß zwischen Gen darmen und fünf Kommunisten ein Gen darm tödlich verwundet. Die Kommunisten entkamen. Man nimmt an, daß sie seinerzeit den Anschlag auf den Simpton-Epress verübt haben.

Der isländische Justizminister Magnus Gudmundsson hatte vor ein paar Monaten sein Amt niederlegen müssen, weil er als Rechtsanwalt wegen eines Vergehens zu einer kurzen Gefängnisstrafe verurteilt worden war. Das Oberste Gericht hat die Strafe aufgehoben und G. ist nun wieder Minister.

An der chinesischen Ostbahn wird die mandchurische Polizei durch japanische ersetzt.

Vor uns liegt eine Steuerkarte für das Jahr 1933, die einer Berliner Heimarbeiterin (Näherin) zugestellt worden ist. Von dieser Näherin verlangt die Stadt Berlin eine Bürgersteuer im Betrage von 15 M. für das Jahr 1933. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, diese Steuer einzuziehen, sofern die Näherin in einer Woche mehr als 7,85 M. brutto verdient. Danach macht das Existenzminimum für diese Näherin 400 M. im Jahre aus. Schlimmer können die Ungerechtigkeiten der Bürgersteuer wohl kaum charakterisiert werden.

Die Bürgersteuer gehört trotz der in den letzten Jahren eingeführten Milderungen noch immer zu den unfairsten Steuern unseres Steuerregimes. Die bisherigen Reformen sind völlig unzureichend. Das gilt auch für die Erleichterungen, die die Reichsregierung in der Bürgersteuerordnung 1933 vorgesehen hat. Danach ist endlich mit der Erhebung eines Frauenzuschlags ausgeräumt worden. Leider hat sich die Regierung nicht entschließen können, weitere Erleichterungen zuzugestehen und eine befriedigende Regelung der Freigrenze vorzunehmen. Insbesondere ruft die Verringerung der Freigrenze in vielen Fällen sogar eine Mehrbelastung durch die Bürgersteuer hervor.

Die Freigrenze

Während bei der Bürgersteuer 1931 die Steuerpflicht nicht bestand, wenn das gesamte Jahreseinkommen nicht 500 M. überschritt (wöchentlich rund 10 M.), ist jetzt der Richtsatz der Wohlfahrtsfürsorge als Freigrenze bestimmt worden. Wenn das Einkommen den Richtsatz der betreffenden Gemeinde nicht überschreitet, so wird Bürgersteuer nicht erhoben. Diese Regelung ist vor allem deshalb ungenügend, weil sie 1. die ledigen Arbeitnehmer wegen der niedrigen Richtsätze für Ledige erheblich schlechter stellt und weil die Richtsätze

der Wohlfahrtsfürsorge infolge der Finanznot der Gemeinden immer weiter abgebaut werden mußten und von weiterem Abbau bedroht sind. Deshalb hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in einem Gesetzentwurf zur Umgestaltung der Bürgersteuer gefordert, daß die Bürgersteuer von den Personen nicht erhoben werden soll, deren gesamte Jahreseinkünfte den Betrag von 1200 M. nicht übersteigen. Die Sozialdemokratie verlangt also, daß bei der Bürgersteuer dieselbe Freigrenze gilt, die beim Steuerabzug vom Arbeitslohn besteht.

Verdoppelung durch Zuschläge

Die wesentlichste Härte der Bürgersteuer besteht jedoch darin, daß die Gemeinden für 1933 erheblich höhere Zuschläge erheben wollen als bisher. Infolge der ständig wachsenden Finanznot besteht die große Gefahr, daß die Gemeinden 1933 durchschnittlich 500 Proz. Bürgersteuer erheben werden, also etwa doppelt so viel als 1932. Die Bürgersteuer 1933 würde also 30 M. je Kopf betragen, während sie bisher im Durchschnitt bei einem Ledigen 15 M. und bei einem Verheirateten 22,50 M. betrug. In zahlreichen Fällen werden die Gemeinden sogar noch weit darüber hinausgehen und schon jetzt läßt sich feststellen, daß die Festsetzung von 700 ja 800 Proz. keine Seltenheit sein wird. Die Schuld daran liegt weniger bei den Gemeinden als beim Reich. Da die Gemeinden von den Wohlfahrtslasten fast erdrückt werden, wissen sie sich nicht anders zu helfen, als einerseits einem großen Teil ihrer übrigen Verpflichtungen nicht nachzukommen und andererseits die einzige ihnen verbliebene größere Steuer, die sie ungehindert erheben können, so weit wie möglich auszunutzen. Dieser Zustand muß beseitigt werden und deshalb fordert die Sozialdemokratie, daß die Gemeinden künftig zur Erhöhung der Bürgersteuer nur berechtigt sind, wenn sie gleichzeitig erhöhte Zuschläge zu den Besitzsteuern (Real-

steuern) erheben. Das ist der einzige Weg, um die Lasten der Wohlfahrtsfürsorge auf alle Schultern zu verteilen und die Ueberspannung der Bürgersteuer zu verhindern.

Erhöhung für Besitzsteuersenkung

Dazu bedarf es aber noch einer anderen gesetzlichen Regelung: das Reich hat nämlich bestimmt, daß nur die Gemeinden auf Reichszuschüsse zur Wohlfahrtsfürsorge rechnen können, die einen Bürgersteuereinzugsatz von mindestens 500 Proz. erheben. Um sich den Reichszuschuß nicht entgehen zu lassen, haben deshalb viele Gemeinden ihre Bürgersteuer mit 500 Proz. festgesetzt, auch wenn sie vielleicht sonst mit einer geringeren Bürgersteuer auskommen wären. Es gibt sogar Gemeinden, die aus der Bürgersteuer einen Ueberschuß herausheben wollen, um damit Besitzsteuerentlastungen vornehmen zu können! Um das zu verhindern, fordert die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, daß die Gewährung von Reichszuschüssen zur Wohlfahrtsfürsorge nicht von der Erhebung eines bestimmten Bürgersteuereinzugsatzes abhängig gemacht werden darf.

Eine der größten Ungerechtigkeiten der Bürgersteuer besteht schließlich darin, daß die Steuerlast bei hohen Einkommen in keinem gerechten Verhältnis zu der Belastung der kleinen und kleinsten Einkommen steht. Die Sozialdemokratie fordert deshalb, daß die Bürgersteuerlast für die mittleren, höheren und hohen Einkommen bis auf das Vierfache erhöht werden.

Werden diese Reformen durchgeführt, so wird die Bürgersteuer einen wesentlich sozialeren Charakter haben. Ihre beste Veredelung wäre allerdings ihre völlige Beseitigung. Dem steht aber gegenwärtig die große Finanznot der Gemeinden entgegen, die bei einer Aufhebung der Bürgersteuer nicht mehr in der Lage wären, auch nur die jetzigen stark abgebauten Unterstufen an die Wohlfahrtsempfänger weiterzuzahlen.

Was sie verschweigen

Verschleierungstaktik der Extremen

Zwei politische Kapitalverbrechen haben nach der Weihnachtsruhe die öffentliche Meinung in Deutschland aufgeschreckt — wieder einmal verübt von Angehörigen jener extremen Richtungen, die sich in körperlichen Bedrohungen des politischen Gegners nicht genug tun können und damit Rohheitsstatuen wie die von Bolsempa förmlich züchten.

In Bottrop in Westfalen wollten sich Kommunisten an einem amnestierten Nationalsozialisten rächen, der an früheren Keisereien mit ihnen beteiligt war. Sie schossen am Weihnachtsabend auf den vermeintlichen Gegner, als er das Haus nach einer Feier verließ, verwechselten ihn aber mit einem Verwandten, einem gänzlich unbeteiligten Bergmann, der unter ihren Kugeln zusammenbrach und verstarb. Der Beichtede hinterläßt eine Frau und zwei kleine Kinder.

Aus Dresden wird zur selben Stunde gemeldet, daß der seit Wochen verschwundene SA-Mann Henrich in einem mit Steinen beschwerten Sack während der Weihnachtstage aus der Kellertür gezwungen wurde, nachdem das Wasser darin zurückgetreten war. Drei seiner nationalsozialistischen SA-Kameraden, die inzwischen gestrichelt sind, haben ihn durch Herzschock getötet und seine Leiche auf diese Weise beseitigt. Während der Suche nach dem Verschollenen gab die SA-Leitung in Sachen durch den Mund verschiedener Führer die Meldung aus, Henrich sei mit einem „dienstlichen Auftrag“ fortgeschickt worden, was eine offensibare Verschleierung der Tat war.

Wir überlassen es unseren Lesern, zu beurteilen, welche dieser Mordtaten graufiger wirkt — wie aber sollen die Parteigänger der Beteiligten selbst zu solchen aller Menschlichkeit ins Gesicht schlagenden Rohheiten Stellung nehmen? Wie werden sie überhaupt darüber unterrichtet? Die kommunistische „Welt am Abend“ plakatiert die zweite der Mordtaten in mächtiger Balkenüberschrift: „Sensationelle Aufklärung des bestialischen SA-Tememordes. Leiche in Sackleinwand genäht und in die Talsperre geworfen“, dann folgt ausführlicher Bericht über die Bluttat in Sachsen. Kein Wort, keine Zeile aber über das zweite Verbrechen, das die eigenen Anhänger verübt haben, kein kommunistischer Leser darf erfahren, wie ähnliche Brutaltäten von ihren Spießgesellen verübt wurden.

Der „Angriff“ berichtet über den ersten der beiden Morde: „Grauenshafte kommunistische Bluttat in Bottrop: Ein Bergmann unter dem brennenden Weihnachtsbaum erschossen“ leuchtet es dort über die erste Seite des Hauptblatts: „Fürchtbare Einzelheiten über den Mord am Heiligabend“ geht es weiter und mit der „Verrohung und Verwilderung“, welche die bolschewistische Bluthete erzeuge, schließt es. Von der noch roheren Bluttat im eigenen Lager bringt derselbe „Angriff“ hinten auf der dritten Seite einen farblosen Polizeibericht über den Leichensund eines SA-Mannes und knüpft daran die irreführenden Zeilen:

„Die Linkspresse knüpft an diese Meldung eine Reihe von Verdächtigungen gegen die SA, und von Vorwürfen gegen die Polizei. Sie spricht bereits wieder von „Tememorden“. — Wie uns auf fernmündliche Anfrage in Dresden mitgeteilt wird, hat die Polizei kein Wort verlauten lassen, das auch nur andeutungsweise in diesem Sinne ausgelegt werden könnte.“

Obgleich dem „Angriff“ die Einzelheiten dieses Verbrechens im eigenen Lager genau so bekannt sind wie der gesamten übrigen Öffentlichkeit, bestreitet er alles und läßt für seine Leser die Möglichkeit offen, als ob politische Gegner der SA die rohe Bluttat verübt haben könnten. Genau wie im Falle Reichenbach in Schlesien, wo ein Bombenattentat gegen unseren Genossen Paesche, das inzwischen gerichtlich festgestellt ist, umgelogen wurde in einen Anschlag der Sozialdemokraten.

Diese Methode der Berichterstattung, die den Uebelthäter aus den gegnerischen Reihen als einen

Juda erwache!

SA. macht alles — selbst für Zion!

Der jüdisch-zionistische Wehrverband „Brit-Drumpledor“ hat eine Anzahl ehemaliger deutscher Offiziere als Instrukteure eingestellt. Unter ihnen befinden sich, nach den Mitteilungen des Berliner „Politischen Pressebüros“, Offiziere, die bisher der SA. als Unterführer angehört haben.

Der „Brit-Drumpledor“ ist ein in Palästina bestehender jüdisch-nationalistischer Wehrverband, der die jüdische Jugend Palästinas gegen die Araber „ertüchtigt“. In Deutschland haben die jetzt im „Drumpledor“ instruierenden SA-Offiziere ihre Nazijünglinge gegen die Juden gedrillt. Deutschland erwache — Juda verrecke! Jetzt lehnen dieselben SA-Leute in Jerusalem den Schlachtruf: „Juda erwache!“

Vom Nazichristentum

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Weimar, 27. Dezember.

Der im thüringischen Reusfeld amtierende protestantische Pfarrer Dr. Wolf ist Weihnachten strafversetzt worden. Außerdem hat die Kirchenbehörde den mit ihm bestehenden Kirchenvertrag gelöst. Dr. Wolf muß in fünf Monaten seine kirchliche Tätigkeit aufgeben.

Entlassungsgrund: Dr. Wolf ist Sozial-

demokrat. Er hat in zahllosen Versammlungen für die Sozialdemokratische Partei geworben. Die Entlassungsurkunde wurde ihm von einem Oberpfarrer überreicht, der als Stammgast der Razierversammlungen bekannt ist.

Neue Kriegsgefahren

Kolumbien gegen Peru

Rio de Janeiro, 27. Dezember.

Die kolumbische Regierung trifft ernsthafte Vorbereitungen, die im September von den Peruanern besetzte Hafenstadt Leticia am Amazonas zurückzuerobern. Es liegen bereits zwei große kolumbische Transportschiffe klar, die Maschinengewehre, Gewehre, Luftabwehrgeschütze und große Mengen Munition geladen haben. Weitere Schiffe sollen in nächster Zeit ausgerüstet werden.

Inzwischen haben peruanische Vertreter in Rio de Janeiro Vorstellungen gegen die Maßnahmen der Kolumbier erhoben. Sie weisen darauf hin, daß die kolumbischen Schiffe durch brasilianisches Gebiet kommen werden, wenn sie den Amazonas hinauf nach Leticia fahren.

Nazihäule geborsten. Die Strafkammer in Sondershausen verurteilte den Justizobersekretär Rudolf Wolfram wegen Amtsunterschlagung und Beseitigung von Testamenten in 14 Fällen zu zwei Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für zwei Jahre. Wolfram war ein eifriger Nazimann.

Hitler in Oesterreich

Nichts als Skandale

Die verschiedenen Affären in der Wiener Hitlererei — erst die Aufdeckung des freiwilligen Aufenthalts des Gauleiters Frauensfeld im jüdischen und tschechischen Krankenhaus, dann die Enthüllung des Obernazis Kuffitschka, ferner ähnliche Korruption der Raziabgeordneten Suchenwirth (früher Suchanek) und schließlich die aufbauwilligen Tränengasangriffe — haben den ganzen Wiener Razietrieb derart „beeindruckt“, daß die Befehlsausgabe fast gänzlich eingestellt wurde. Den SS- und SA-Leuten vom Sturmführer abwärts werden nur noch die belanglosesten dienstlichen Weisungen mitgeteilt.

Es ist natürlich unmöglich, den braven Mann, die Schar- und Truppführer und das Gros der Sturmführer in Unkenntnis jener Befehle zu lassen, die den Kameraden im Deutschen Reich in aller Form mitgeteilt werden. Die dem Uebelstand hilft die sozialdemokratische „Arbeiter-Ztg.“ in liebevoller Fürsorge ab und teilt vor allem solche Befehle der obersten Führung mit, die im Zusammenhang mit den Veröffentlichungen der „A.-Ztg.“ und durch sie veranlaßt „herabgelangt“ sind.

Vor etwa vier Wochen hatte die „A.-Z.“ mitgeteilt, daß der oberste Führer der österreichischen SS (Schutzstaffel), der reichsdeutsche „Informatorik“ Dr. Walter Gräßle, davonon jagt wurde. Gräßle war Teilnehmer einer Fresserei, die ein Budapest-Barietjude Wiener bürgerlichen Journalisten gab. In Wien leitete er später die Degradierung seines Stabschefs Turza. Seine Ablehnung infolge von Meutereien im Wiener und Grazer Hitlermilitär wurde natürlich sofort als „judaomarkistische Lüge“ bezeichnet. Nun aber veröffentlicht die „A.-Z.“ einen Befehl des „SS-Reichsführers“ Himmler-München vom 11. d. M. und darin liest man:

Es wird zur Disposition gestellt: Der SS-Oberführer Dr. Gräßle unter Entziehung von seinem Dienste als Führer des Abschnittes VIII (Oesterreich) und unter Verlegung zur SS-Gruppe Ost (Schlesien).

Ausgeschieden: Der SS-Standartenführer Turza, bisher im Oberstab des SS-Abschnittes VIII.

Der Nachfolger Gräßles, der preußische Esmajor Brack, hat bei einem Standartenappell angezündelt, wenn

die Schweinerei in dem österreichischen braunen Sauhaufen

nicht sofort ein Ende habe, werde er die ganze SS auflösen. Auch das wurde bestritten; daher veröffentlicht die „A.-Z.“ einen SS-Befehl aus Wien vom 20. Dezember, durch den die Aufnahme von SS-Anwärtern gesperrt, zur Wache im Hitler-Haus nur besonders bewährte SS-Leute zugelassen und ganz exzessive strenge Kontrollmaßnahmen vorgeschrieben werden. Von dem allen haben die einfachen Hitler-Soldaten nichts erfahren, denn sonst würden sie daraus die Bestätigung der Drohungen des preußischen Esmajors Brack entnehmen.

Endlich scheint aber selbst die Regierung Dollfus der Hebereschwemmung Oesterreichs mit reichsdeutschen Butschiften und Terroristen satt zu werden. Das zeigt folgender Fall:

Der angebliche 33jährige Landwirt Otto Schudert aus Deutschland ist seit der Ablegung des Razi-Gemeinderats Beschl. Standartenführer 4 der SA. Wegen der Razi-Zeile am Goldenen Sonntag wurde auch Schudert verhaftet. Er leugnete beharrlich, ja er bestritt, von den Vorbereitungen der Gasangriffe überhaupt gewußt zu haben.

Da in seinem Besitz eine Armeeepistole gefunden wurde, wurde er dem Strafgericht vorgeführt. Schudert, der vom Münchener Kommando nach Wien mit der Wiffon entsendet wurde, die österreichische Abteilung nach deutschem Muster zu organisieren, redete sich aus, er habe dort

eine Meferschule besuchen wollen. Im Braunen Haus!

Da Schudert keinen Woffenpaß besitzt, wurde er zu zwölf Stunden Arrest verurteilt und seine Abchiebung als tätiger Ausländer aus Oesterreich veranlaßt.

Die Tränengas-Nazis

Die Suche nach den Wiener Tränengasattentätern vom goldenen Sonntag wird energisch betrieben. Polizeioberkommissar Dr. Böhm ist unausgesetzt damit beschäftigt, 500 Personen wurden vernommen, einige zwanzig sind verhaftet. Darunter ist auch ein Aufbauwilliger, der zwei Tage nach der „Aktion“ zu seinen Eltern nach Oesterreich gereist ist und dort am Wahnachtsabend verhaftet wurde. Gerade dieser Hitlerianer soll besonders verdächtig sein.

Am Abend des Attentats hatte eine Wohnpartei in einem ganz weit ab liegenden Hause zu ihrem Leidwesen unter starker Tränengaswirkung zu leiden: das Neigass stieg aus dem Klosettischlauch auf. Die Leute sprachen zwar mit Nachbarn darüber, aber man wußte noch gar nichts von dem Anschlag im Warenhaus Berggroß. Als man am nächsten Morgen davon in der Zeitung las, verständigte man die Polizei und diese nahm den darüberwohnenden Mann, einen Vertreter, der den Hafentouristen nahesteht, alsbald

fest, da er sehr verdächtig ist, überflüssige Tränengasflüssigkeit ins Klosett geschüttet zu haben.

Die Wiener Polizei hält übrigens ihre erste Ansicht, daß der spätere Anschlag im Postschekamt unpolitisch gewesen sei und nur Raub- und Diebstahlsabsichten dienen sollte; man sieht jetzt auch in dieser Raubbombenaktion den bekannnten Aufbauwillen.

Revision!

Forderung der französischen Linken

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Paris, 27. Dezember.

Die französische Liga für Menschenrechte befaßte sich auf ihrem 31. Kongreß mit der Frage der Revision der Friedensverträge und des Völkerbundspaktes.

Das erste Referat hielt der Vorsitzende Professor Victor Baisch, der u. a. ausführte, daß der Versailleser Vertrag auf Grund der in ihm enthaltenen Bestimmungen sehr wohl revidiert oder berichtigt werden könnte. Entweder hätte der Völkerbund Deutschland nicht aufnehmen dürfen, oder, nachdem er das getan habe, müßte er alle Versailleser Bestimmungen, die Deutschland nicht die gleiche Behandlung wie den anderen Mächten zuerkennen, abändern. Das sei der stärkste Grund für eine Revision oder vielmehr für eine Berichtigung des Vertrages. Es handle sich nicht darum, den Versailleser Vertrag zu verurteilen, sondern darum, alles aus ihm zu entfernen, was der Gleichberechtigung aller Völkerbundmitglieder zuwider sei. Das sei die notwendige Grundlage für die Existenz des Völkerbundes. Eine der größten Ungerechtigkeiten sei Artikel 231. Ebenso müßten die Bestimmungen über die Abrüstung Deutschlands und die Territorialkäufe des Vertrages, vor allem die über die Schaffung des polnischen Korridors, abgeändert werden. Schließlich sei er, der Redner, auch der Meinung, daß Deutschland seine früheren Kolonien als Mandatsgebiete zurückhalten müßte.

In ähnlichem Sinne äußerte sich der Sozialist Grumbach, der vor allem die unmögliche Grenzziehung in Mitteleuropa kritisierte, und der Vizepräsident der radikalen Partei Abg. Kapfer, Chefredakteur der „Republique“, der sich besonders gegen den polnischen Korridor und das Nebeneinanderstehen des Völkerbundspaktes und der zahlreichen Sonderverträge zwischen einzelnen Staaten wandte.

Budgetzwölfstel gesichert

Paris, 27. Dezember.

In der Kammerberatung des provisorischen Haushaltszwölfstels wandte sich der Rechtsoppositionelle Marin dagegen, daß die Ausgabe der Schahanweisungen in das Zwölfstel einbezogen wird; er erinnerte daran, daß bereits für neun Milliarden Franken Schahanweisungen im Umlauf seien. Finanzminister Chéron erwiderte, daß er persönlich noch nie die Ausgabe von Schahanweisungen beantragt oder unterläßt habe. Man hätte ihn als Finanzminister des Kabinetts Lardieu eben nicht stützen sollen, wenn man jetzt zur Notwendigkeit gewordenen Maßnahmen hätte entgegen wollen.

Ein Subventionsfandal

Dunkle Manöver bei Mansfeld

Das Subventionsabkommen zwischen der Mansfeld-Bergbau A.-G. und dem Reich bzw. Preußen läuft Ende d. J. ab. Das Kabinett Schleicher hat sich daher in der Rotverordnung des Reichspräsidenten vom 23. Dezember die Ermächtigung geben lassen, die Hilfsmaßnahmen bei Mansfeld bis Ende März 1934 fortzusetzen. Diese Hilfsmaßnahmen sehen so aus, daß der Staat bis Ende März 1933 rund 2 Millionen Mark und sodann bis Ende März 1934 weitere 8 Millionen Mark in die Mansfeld-Betriebe hineinsteckt.

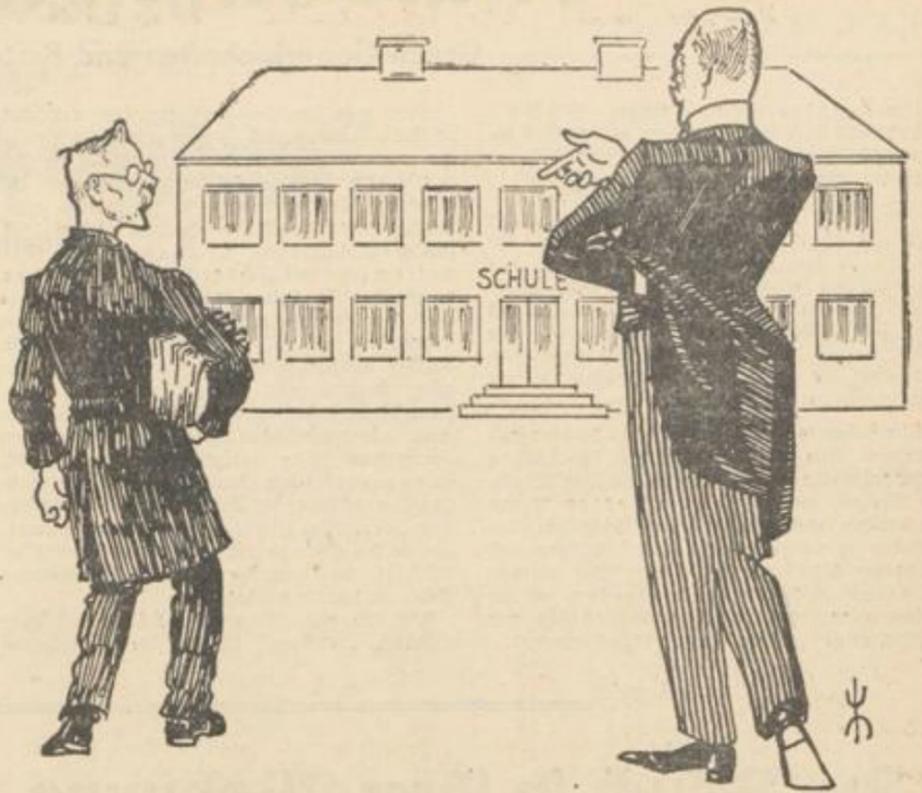
Als im Jahre 1930 bei dem anhaltenden Preisverfall auf dem Weltkupfermarkt vom Reich und von Preußen die Subvention für Mansfeld beschlossen wurde, konnte man sich aus sozial- und produktionspolitischen Gründen — Mansfeld beschäftigt etwa 17 000 Mann und betreibt als einziges Unternehmen den Kupferbergbau in Deutschland — auch als Subventionsgegner der Notwendigkeit dieser staatlichen Hilfsaktion nicht verschließen. Wir haben aber in den letzten Jahren wiederholt gefordert, daß es ein Umding ist, das Unternehmerrisiko zum größten Teil auf den Staat als Subventionsquelle abzuwälzen und die Kapitalbesitzer von Mansfeld nahezu risikofrei zu lassen.

So ist es einfach skandalös, daß man sich bisher vor einem Krisenopfer der Aktionäre in Form einer Sanierung durch Zusammenreichung des Aktienkapitals gescheut hat, während der Staat seit 1930 etwa 16 Millionen Mark Zuschüsse geleistet hat. Nicht genug aber, daß Mansfelds Aktionäre sich dank der staatlichen Sub-

ventionen heute von jedem Krisenopfer drücken wollen, Holt man jetzt bei Mansfeld zu einem ganz großen Schlag gegen den Staat aus. In die dunklen Manöver der Verwaltung brachte erstmalig eine Große Anfrage der Sozialdemokratischen Fraktion im Preußischen Landtag Anfang November d. J. Licht, in der darauf hingewiesen wurde, daß eine der hochwertigsten Mansfeld-Zechen an den Bergwertkonzern Rheinpreußen abgetoßen worden sei. Dieser Verkauf bildete den Auftakt für die von der Verwaltung geplante Konzernumbildung, die von Mansfeld so gedacht war, daß die Verlustbetriebe — also in erster Linie der Kupferbergbau — verselbständigt und eventuell verstaatlicht werden sollen, während die mit Gewinn arbeitenden Betriebe im Besitze des Privatkapitals bleiben. Mansfelds Rechnung ist in der Tat einzigartig; nachdem man die hochwertigen Bestandteile des Bergwerkes für schweres Geld verkauft hat (Zechen-Sachsen), dreht man dem Reich, das mittlerweile fast anderthalb Dugend Millionen hineingesteckt hat, die tranken Betriebe an, zieht sich selbst auf die rentablen Verarbeitungsbetriebe zurück und ist auf diese Weise saniert!

Wir fordern, daß das Kabinett Schleicher vor dem Reichstag Rede und Antwort stehe, was bei Mansfeld vor sich geht. Es ist ein unerträglicher Zustand und erinnert an die schlimmsten Zeiten der Ruhrhilfe, wenn das Reich sich von einem privatkapitalistischen Großkonzern derart über das Ohr hauen lassen würde!

Grundsätzliche Schulreaktion



„Soviel Kenntnisse muß man den Kindern gar nicht erst beibringen wollen. — Stramme Haltung, hohles Kreuz, Kinn an die Binde, Hände an die Hosennaht — das will ich sehen! Verstanden!“

Zwei Kinder verbrannt

Feuer in einer Wohnlaube

Auf dem umfangreichen Gelände in der Landsberger Allee 35—38, den sogenannten Kahnensteinchen Grundstücken, das seit Jahren von zahlreichen Wohnlaubenbesitzern besiedelt ist, hat sich in den gestrigen späten Abendstunden ein folgenschweres Brandunglück zugetragen, bei dem zwei Kinder den Tod fanden.

Gegen 22.30 Uhr bemerkten Siedler in der Wohnlaube des Arbeiters K. starken Feuerschein. Unmittelbar darauf schlugen auch schon die hellen Flammen empor. Einige Nachbarn versuchten die beiden Kinder, die sich beim Ausbruch des Brandes allein in der Laube befanden, zu retten. Die Flammen hatten aber bereits so weit um sich gegriffen, daß sich alle Rettungsversuche als vergeblich erwiesen.

Die Feuerwehr kämpfte den Brand nach verhältnismäßig kurzer Zeit nieder. Die Kinder konnten nur noch als Leichen aus den rauchenden Trümmern geborgen werden.

Mordland Bulgarien

Zwei Fälle an einem Tag

Sofia, 27. Dezember.

Ein Anhänger der extremen Mazedoniergruppe Michailow hat vor dem Kriegsgesicht einen gegnerischen Protogorowisten erschossen. Der Täter wurde festgenommen. Er gab an, den Mord auf Befehl des revolutionären Gerichtshofs von Saloniki ausgeführt zu haben.

Am selben Tage kam es zwischen dem Kavallerie-Leutnant Similonoff und dem Advokaten Dimitroff auf einer Gesellschaft zu einem Streit, in dessen Verlauf der Advokat durch Säbelhiebe verletzt wurde. Der Leutnant wurde verhaftet, aber in den Morgenstunden wieder freigelassen. Unmittelbar darauf begnete ihm der Bruder des verwundeten Advokaten, der ebenfalls Offizier ist. Nach kurzem Wortwechsel gab er auf Leutnant Similonoff mehrere Schüsse ab, die ihn sofort töteten. Der Mörder übergab dann einem gerade des Weges kommenden Oberleutnant seinen Revolver und stellte sich dann seiner vorgesetzten Behörde.

Arbeitsbeschaffung

im roten Schweden

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Stockholm, 27. Dezember.

Die sozialdemokratische Regierung Schwedens wird dem im Januar zusammentretenden Reichstag für 1933 einen Etat zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorlegen, der Ausgaben von 200 Millionen Kronen vorsieht. Von diesem Betrage sollen 150 Millionen, die man zum größten Teile durch eine Anleihe aufzubringen hofft, zu Rotstandsarbeiten verwendet werden. Der Rest soll der amtlichen Arbeitslosenkommission für ihre Wohlfahrtstätigkeit zur Verfügung gestellt werden.

Dr. Jen Botschafter in Moskau. Der Führer der chinesischen Delegation in Genf, Dr. Jen, ist zum Botschafter in Moskau ernannt worden.

Neues Kesseltreiben

Gegen Gewerkschaften und Partei

In zahlreichen wichtigen A.D.B.-Betrieben (1) finden bereits im Januar die Neuwahlen der Ortsverwaltungen statt. Also beginnt ein Bandwurmarittel der „Roten Fahne“.

Eine Gewerkschaft ist für die A.P.D. ein „Betrieb“, in dem man politische Geschäfte macht. Die Wahlen zu den Ortsverwaltungen und zu den Betriebsräten stehen bevor. Somit wird in der kommunistischen Presse mit verdoppeltem Eifer auf die „Gewerkschaftsbürokratie“ eingegangen. Die dümmsten und die ältesten Lügen sind immer noch gut genug, um gegen die Gewerkschaften und ihre Vertrauensleute gebraucht zu werden.

Wir haben es längst verlernt, uns darüber aufzuregen. Man soll aber keineswegs die Wirkung dieser politischen Giftmischerlei unterschätzen. Gewiß, die Wirkung auf die Organisierten ist nur geringfügig, und es wird immer leicht sein, den Schaden zu reparieren, den hier Verleumdung und Schwärzer anzurichten vermögen. Aber auf das Riesengebiet der Unorganisierten ist die Wirkung auch der dümmsten Lügen nicht nur stärker, es ist ihr auch schwerer beizukommen.

Wenn man den Unorganisierten immer wieder erzählt — wie es auch in dem erwähnten Artikel des kommunistischen Blattes geschieht — die Gewerkschaften schlossen Tarifverträge ab mit abdingbaren Tarifbestimmungen; sie führten systematisch einen tariflosen Zustand herbei; sie kapitulierten kompromisslos; die Leiharbeiter und Genossen seien mit Schleichern und Straßern im Bunde; sie hätten dem verlassenen Reichsarbeitsminister Vorschläge gemacht, wie man den Lohnabbau herbeiführen könne; wenn diese und ähnliche Windbeutelereien den Unorganisierten vorgelegt werden, dann bleibt so manches hängen. Denn die Unorganisierten, die nach dem Ausdruck eines kommunistischen Reichstagsabgeordneten „hundertmal besser sind als die Organisierten“, haben gegenüber den Gewerkschaften ein schlechtes Gewissen und daher das Bedürfnis, ihre ablehnende oder gleichgültige Haltung gegenüber den Gewerkschaften irgendwie zu rechtfertigen. Die Politik der A.P.D. der Spaltung, der Lüge und Verleumdung findet ein nur zu williges Ohr.

Wir sind nicht Gegner der A.P.D., weil diese angeblich „radikaler“ ist als die Sozialdemo-

kratische Partei, und ihre A.P.D. angeblich erfolgreiche Kämpfe führt. Wäre die A.P.D. wirklich was sie zu sein vorgibt, dann stünde sehr wenig zwischen ihr und uns. Ihr Verbrechen an der Arbeiterklasse besteht darin, daß sie den Unorganisierten noch dem Rande herbei, sich mit den Nazis und den Gelben gegen die Gewerkschaften verbündet, als Hauptfeind nicht das kapitalistische System und die es stützenden Parteien bekämpft, sondern die Sozialdemokratie.

Wenn jetzt die A.P.D. mit verstärkter Wucht ihre Angriffe gegen die Gewerkschaften und deren Vertrauensleute richtet — gleichviel ob sie als Funktionäre im Betrieb stehen oder als Gewerkschaftsangehörige auf verantwortlichen Posten — dann können und dürfen wir nicht gleichgültig und achselzuckend daran vorübergehen. Nun erst recht gilt es, auch den Unorganisierten das Verbrechen der Politik der A.P.D. aufzuzeigen, ihre totale Unfähigkeit zur praktischen Arbeit, die bewußte Verlogenheit ihrer Presse. Unsere Gewerkschaften, unsere Partei, unsere Presse werden in dem Maße gestärkt und gestärkt, in dem es uns gelingt, die A.P.D. zu entlarven.

Gruppen etwa Teilerhebungen vorliegen; sie genügen nicht. Allerdings könnten solche Erhebungen nur mit Unterstützung der Krankenkassen und in Verbindung mit ihnen vorgenommen werden, da die wenigen Gewerbeärzte die Arbeit allein nicht leisten können.

Das Ergebnis der vorgeschlagenen Erhebungen würde mit großer Aufmerksamkeit verfolgt werden. Es würde für die Arbeit der Gewerbeaufsichtsbeamten von außerordentlicher Bedeutung sein. Ihre Tätigkeit würde auf Grund solcher Unterlagen viel wirksamer sein als bisher. Die Krankenkassen würden voraussichtlich große Ersparnisse erzielen können, weil durch die Untersuchungen viele Erkrankungen, deren späte Behandlung bedeutende Kosten verursachen, frühzeitig erkannt und geheilt werden könnten. Vor kurzem wurde in der Presse darauf hingewiesen, daß ein Dr. R. Neumann 3757 Menschen, die sich für gesund hielten, mit Röntgenstrahlen untersuchte und dabei festgestellt hat, daß 131 tuberkulös waren. In einer Reihe von Fällen könnte wahrscheinlich die Gesundheitsgefährdung durch einen Wechsel der Arbeit oder der Arbeitsstätte rechtzeitig behoben werden.

Die Gesundheit ist das einzige Kapital der Arbeiterklasse:

sie zu erhalten und zu kräftigen, darf keine Mühe gescheut werden.

Unbedingt notwendig wäre, die Erhebungen systematisch vorzunehmen, d. h. überall mit den Untersuchungen in dem gleichen Gewerbebezirk z. B. in der Textilindustrie zu beginnen. Die Reihenfolge der Gewerbebezirke wäre von dem Reichsarbeitsministerium zu bestimmen, das eine Verbindung zwischen den Gewerbeärzten und den Krankenkassen herstellen und die fehlenden Mittel zur Verfügung stellen müßte. Der Reichsarbeitsminister als früherer preussischer Gewerbeaufsichtsbeamter wird hoffentlich Verständnis für den vorstehenden Vorschlag zeigen und die nötigen Anordnungen recht bald ergehen lassen.

„Vergeltungsmaßnahmen“ Auf dem Rücken der Arbeiter

Konstanz, 27. Dezember.

Auf Grund einer Verfügung des Thurgauer Polizeidepartements ist dem zehnten Teil der bis jetzt in Kreuzlinger Betrieben beschäftigten, in Konstanz und Umgebung wohnenden deutschen Arbeiter die Arbeitsbewilligung entzogen worden. Das ist wohl die erste tiefgreifende Maßnahme im Rahmen der Gegenaktion der Schweiz gegen die Aushebung des bisherigen zollfreien Milchkontingents. Wie man hört, werden die Verhandlungen zwischen der deutschen und der Schweizer Regierung zur Beilegung des Streitfalls fortgesetzt.

Die Zollpolitik der Reichsregierung hat den Zweck, die Preise der Agrarprodukte zu erhöhen, damit also die Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu verschlechtern. Die betreffenden fremden Staaten wehren sich dagegen mit „Vergeltungsmaßnahmen“. Diese betreffen zum Teil darin, deutsche Arbeiter zu entlassen. Damit wird freilich weder den deutschen noch den ausländischen Landwirten geholfen. Der arbeitslose deutsche Arbeiter aber muß hungern.

Der dänische Reederverband hat die Bohartarie der Seeleute, Heizer und Maschinenmeister, die im Jahre 1930 festgesetzt wurden, zum 1. April 1933 gekündigt. Bisher erhalten Vollmatrosen monatlich 158 und Reichsmatrosen 80 Kronen Lohn.

Siehezu 1 Beilage.

Zu Besuch in ihrer Wohnung

Die Berliner Außenmonteure kommen selten in ihre Wohnung. Sie kommen nur zu Besuch. Das bringt der Betrieb so mit sich und das ist gut so, denn sonst, wenn sie ständig zu Hause sein könnten oder müßten, würden sie arbeitslos sein. Es sind heute so gar viele Arbeiter zu Hause, den ganzen Tag. So werden denn unsere Außenmonteure noch beneidet, einmal wie der Arbeitslose den Arbeitenden beneidet, außerdem aber, weil der Außenmonteur draußen herumkommt, etwas hört und sieht.

Manchem jungen Schlosser oder Elektriker erscheint die Stellung eines Außenmonteurs so romantisch, daß er alles daran legt, auch einmal „Reisemonteur“ zu werden. Wie hart aber auch diese Menschen um eine bescheidene Existenz ringen müssen, wird immer wieder in den Feiertagen klar, wenn sich die in Berlin ansässigen, freigewerkschaftlich organisierten Außenmonteure mit ihren Organisationsvertretern zu einem Aussprachetermin zusammenfinden. Da hört man nichts von Reiseromantik. Genau wie in jeder anderen Gewerkschaftsversammlung wird hier

Aber Lohn- und Tariffragen diskutiert.

über Lohn- und Tariffragen diskutiert.

die nun einmal Lebensfragen der gesamten Arbeiterschaft sind. So war es auch in der Versammlung der Berliner Außenmonteure am 2. Weihnachtstagsabend. Der Schlichtungsausschuss hatte einen Schiedsspruch in der Frage der Auslöschungsfähigkeit gefaßt, nachdem vom Verband Berliner Metallindustrieller (BBMI) das Abkommen über die Auslöschungsfähigkeit zum 31. Dezember gekündigt und eine Verhandlung zwischen den Tarifparteien nicht erzielt worden war. Die Metallindustriellen wollten den Monteuren für ihre Sonderaufwendungen am Montageplatz in den Groß- und Hafenstädten täglich nur noch 3 Mark anstatt 6 Mark als Auslösung, und in den übrigen Orten auch entsprechend weniger zahlen. Gegen diese ungeheure Verschlechterung der Existenzbedingungen wehrte sich die ständige Berliner Monteurkommission ganz energisch.

Den Sonderzuschlag für Montagen von nicht mehr als einer Woche Dauer, den sogenannten Kurzmontagezuschlag, wollten die Unternehmer gänzlich beseitigt haben. Der Schlichtungsausschuss ist den üblichen Mittelweg gegangen. Er beließ es bei den bisherigen Auslöschungsfähigkeiten, hat aber den Kurzmontagezuschlag beseitigt. Um es nicht zur Tariflosigkeit kommen zu lassen, stimmte die Monteurkommission nach reiflicher Überlegung zu, was die Monteurversammlung am 2. Feiertag

Vorsorglicher Gesundheitsschutz

Notwendigkeit systematischer Untersuchungen

Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Den Berufskrankheiten wird mit Recht große Aufmerksamkeit geschenkt. Wer u. a. die fürchterlichen Wirkungen von Bleivergiftungen gesehen hat, wird noch mehr als bisher sich dafür einsehen, daß alle Maßnahmen getroffen werden, um solche Gefahren zu beseitigen. Ueber den Kampf gegen die Berufskrankheiten dürfen aber

die Gesundheitsgefahren im allgemeinen, die aus der Arbeit erwachsen können,

nicht vergessen werden. Durch die für den Gewerbebetrieblieferer so sehr interessanten Fälle von Berufskrankheiten vergißt man anscheinend, daß nicht nur die besonders gefährdeten Arbeiter, sondern alle Arbeitnehmer das Recht haben, gegen gesundheitsgefährliche Einwirkungen der Arbeit soweit wie möglich geschützt zu werden. Bisher fehlen Erhebungen über den Gesundheitszustand der gesamten Arbeitnehmer größerer Betriebe einzelner Industrien. Die Krankenkassenstatistiken genügen für den gedachten Zweck nicht, da eine jährliche Untersuchung von

für das einzig richtige in der augenblicklich schwierigen Situation hielt und einstimmig billigte.

Das allgemeine Monteurabkommen,

das den Urlaub, die Arbeitszeit und alle anderen Arbeitsbedingungen der Monteure regelt, war vom BBMI zum Jahreschluß ebenfalls gekündigt worden. Die Metallindustriellen hatten Forderungen auf Verschlechterung der Bestimmungen über den Urlaub, die Bezahlung der Reisezeit zum Montageort usw. angebracht, es dann aber angesichts des energischen Widerstandes der Unterhändler der Monteure doch für ratsam gehalten, in dieser Frage keinen Konflikt heranzubekommen. Das allgemeine Monteurabkommen ist zunächst bis zum 31. März 1933 unverändert verlängert worden.

Gesunden noch nicht zur Pflicht gemacht worden ist und mancher als gesund herumläuft, der nicht mehr gesund ist. Die Gewerbeärzte sollten beauftragt werden, in größeren Betrieben den Gesundheitszustand der gesamten Arbeitnehmer zu untersuchen und dabei festzustellen,

welche Einwirkungen die Arbeit auf den Körper des einzelnen Arbeiters und Angestellten gehabt hat.

So wären z. B. festzustellen: die Einwirkungen durch einseitige Bewegungen einzelner Körperteile oder bestimmter Muskelgruppen, durch ständiges Stehen oder ständiges Sitzen oder durch ungesunde Arbeitsweise, durch Staub, Gase, Dünste, Risse, Hitze, Kälte, Zugluft, durch Ueberanstrengung der Augen überhaupt und besonders durch schlechte Beleuchtung des Arbeitsplatzes, durch schweres Heben, Tragen, häufiges Bücken, durch ungünstige Pausenregelung, Nacharbeit, überlange Arbeitszeit, durch Band- und Tischarbeit usw. Man wende nicht ein, daß für einzelne

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntag und Montag einmal. Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Welt“. Bezugspreise: Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M. (banon 51 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,75 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitung- und 72 Pf. Postbeleggebühren. Auslandsabonnement 5,85 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Briefpostporto 4,65 M. Bei 3. Zahl der Lieferung wegen höherer Gewalt behält sich Anspruch der Abonnenten auf Urlaub. Anzeigenpreise: Die einseitige Millimeterzeile 20 Pf., Reklamazeile 1,50 M. Kleine Anzeigen im Hauptteil 3 Pf. wochentäglich von 7 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor. Verantwortlich für Politik: Rudolf Brechtel; Wirtschaft: G. Klingelböder; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: Herbert Meyer; Kollaboration: Fritz Kahlert; Anzeigen: Otto Dreyer; Vertrieb: Zentral in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68 (Vertrieb: 2)

Theater Lichtspiele usw.

Staatstheater

Mittwoch, den 28. Dezember

Staatsoper Unter den Linden

20 Uhr

Die Hugenotten

Staatliches Schauspielhaus

19 Uhr

Faust I. Teil

Wintergarten

Nur noch 4 Tage

die Sensation Berlins:

Drei Codonas

6 v. d. Staatsoper

Naitto - 3 Baldors

USW.

Tägl. 8 Uhr 15 - Platz 3434 - Rauchen erl.

Rose-Theater

Ende Frankfurter Straße 132

10. Weidau 27 3422

5.15, 8.30 Uhr

Böhmische Musikanten

Schiller

Bismarckstr. (Kaiser)

Steinpl. (C1) 671

Täglich 8 1/2 Uhr

Zum 65. Mal

Robert und Bertram

von a. Söckland

Paul Heidemann

28., 30. Dez. und 1. Januar

nachmitt. 4 Uhr.

Jr. Dollittles Abenteuer

mit Alfred Braun

Kleine Preise!

Willy Schaeffers

Kabarett für Alle

4 Uhr Täglich 2 - 9 Uhr

Das sensationelle Kabarett-Programm

Abendpreise 1-3 Mk.

Nachm. Gedek 1,25

Jeden Sonntag 11 1/2 Uhr: Nachterstellung

1 Großes Schauspielhaus

Ball im Savon

Gitta Alpar

Helo Wariang Color Tenes

Regie: Alfred Kotter

Metropo-Theater

Freitag, 30. Dez

Premiere

Rag Hansen

100 Meter Glück

von Spelsky

mit Erika von Theilmann

Regie: Robert Klein

SCALA

Tägl. 5 u. 8 1/2 Uhr

Märchen

Mitreg. Solvig-Stora

Georg Büchner

3 Wäre / Napp usw.

städt. Oper

Charlottenburg

Fraunhofer 0231

Mittwoch, 28. Dez.

Turnus III

20 Uhr

Madame Butterfly

Berger Cavara, Hüsch, Zador, Gombert, Heyer, Kandl

Dirigent: Ladwig

VOLKSBUHNE

Theater am Bülowplatz

Täglich 8 Uhr D 1 Norden 6536

Silvester 7 Uhr

Oliver Cromwells Sendung

v. Walter Gübrichl. Regie Heinz Hilper.

CASINO-THEATER

8 1/2

Lothringer Straße 97

8 1/2

Sonntags auch 4 Uhr

Nur noch wenige Aufführungen

Alles um Lotti

Posse mit Gesang und Tanz

Gutschein 1-4 Personen: Parkett nur 0,60, Fauteuil 0,75, Sessel 1,25

Deutsches Theater

Weidend. 8201

Täglich 8 Uhr

Gott, Kaiser und Bauer

Schauspiel von J. Bay

Inszen. v. K. H. Martin

Kortner, Wegener, Wiemann, von Fortenbach, Hart, Kähler

Kammerspiele

Täglich 8 Uhr

Essig und Öl

v. Geyer u. Frank

Musik: Robert Katzner

Inszenierung O. L. Preminer

Hans Moser

Erlinger, Sjöpanek, Terwin, Eilers, Wawode, Staudt Szurovy

Theater

Th. d. Schauspielers

Theater am 30. Weidendamp

300

Täglich 8 1/2 Uhr

Automatenbuffet

Kamilla von A. Geyser

mit Agnes S-raub,

Hilber, Göttinger, Ems,

Toni-Thomas, Ramez.

HAUS VATERLAND

KURFÜRSTEN-STRASSE 209

Permuungs-Restaurant Berlins

RETIRES KEMPINSKI

Kurfürstend-Pl.

Kurfürstendamm 209

Täglich 8 1/2 Uhr

Silvester 7 Uhr

Glückliche Reise

von Berlin und Schwabach

Musik: Klemke

Regie: Peukert

Hans Schindler

mit seinen

Jazz-Symphonikern

Verkauf anastrophisch

Lessing Theater

Täglich 8 1/2 Uhr

Silvester 7 Uhr

Grete

Mosheim Brausewetter

Der Liebling von Paris

Musik von Offenbach

Regie: Komika

Theater des Westens

Steinpl. 5121

Täglich 8 1/2 Uhr

Silvester 7 Uhr

Max Pallenberg

Der brave Soldat Schwejk

Berliner Theater

Charlottenstr. 83 (Gleich) 675

Täglich 8 1/2 Uhr

Silvester 7 Uhr

Zu wahr um schön zu sein

Komödie von Shaw

Musik: Hertz, Evans, Berlin, Otto, Sims, Grosse, Pöhl.

Theater im Admiralsp. Ost

Merkur 9901

Täglich 8 1/2 Uhr

Hans Albers Liliom

Vorverkauf ununterb.

B. B. B.

Sondere. Beste Säfte

Feldstr. 10

Überbaum 3200

Täglich 8 1/2 Uhr

sonnt. nachm. 3 1/2

„Von A-Z“

Küchen

bis 10 MONATSRATEN

Raddatz

Leipziger Str. 122/123

Wer ist unterstützungsberechtigt?

Die Bedingungen für Wohlfahrtsunterstützung

Manch einer, der früher nie zu befürchten brauchte, einmal die öffentliche Wohlfahrt in Anspruch nehmen zu müssen, lebt heute auch in bitterer Not. Viele sind über die Bedingungen der Wohlfahrtsunterstützung im unklaren. Wir veröffentlichen deshalb nachstehend eine Zusammenstellung der wesentlichsten Punkte.

Man unterscheidet die allgemeine und die gehobene Wohlfahrtsunterstützung. Nach der allgemeinen Fürsorge werden insbesondere die Wohlfahrtsunterstützten betreut, nachdem sie aus der Arbeitslosenversicherung und aus der Krisenfürsorge ausgesteuert sind.

Die Unterstützungsrichtsätze in der allgemeinen Fürsorge betragen ab 1. August 1932:

	monatl.	wöchentl.	tägl.
Für Alleinstehende	34,—	7,85	1,10
Ehepaare	51,—	11,75	1,65
jedes Kind unter 6 Jahren	11,—	2,55	0,35
jedes Kind im Alter von 6 bis 16 Jahren	13,—	3,—	0,40

In der gehobenen Fürsorge werden Kleinrentner, Sozialrentner und die diesen Gleichgestellten betreut. Kleinrentner sind Frauen über 60, Männer über 65 Jahre oder erwerbsunfähige Personen, die infolge eigener oder fremder Vorfälle ohne die eingetretene Geldentwertung nicht auf die öffentliche Fürsorge angewiesen wären. Sozialrentner sind alte oder berufsunfähig gewordene Rentner der Invaliden- oder der Angestelltenversicherung. Den Kleinrentnern können alte oder durch geistige oder körperliche Gebrechen erwerbsunfähig gewordene Personen gleichgestellt werden, die trotz wirtschaftlicher Lebensführung auf die öffentliche Fürsorge angewiesen sind.

Bei Bedürftigkeit werden den vorstehenden Personen Unterstützungen nach den Richtsätzen der gehobenen Fürsorge gewährt. Diese sind ab 1. August 1932:

	monatlich
für Alleinstehende	39 Mark
„ Ehepaare	56 „
„ jedes Kind unter 6 Jahren	11 „
„ jedes Kind im Alter von 6 bis 16 Jahren	13 „

Zu den Richtsätzen ist zu bemerken, daß sie nach individueller Prüfung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des Antragstellers durch den zuständigen ehrenamtlich tätigen Wohlfahrtspfleger oder durch die Familienfürsorge über- und auch unterschritten werden können. In der Praxis (vor allem in der allgemeinen Fürsorge) ist es aber so, daß die Unterstützungen genau nach diesen Richtsätzen gezahlt werden.

Zu den Richtsätzen ist noch zu bemerken, daß sie mit der fortschreitenden Verschlechterung der Finanzlage der Stadt Berlin in den letzten Jahren fast von Monat zu Monat herabgesetzt wurden.

Der „notwendige Lebensbedarf“

Die von den Wohlfahrtsämtern ausgeübte gefehliche Fürsorge hat die Aufgabe, dem Hilfsbedürftigen den notwendigen Lebensbedarf zu gewähren. Sie muß dabei die Eigenart der Notlage berücksichtigen. Sie soll den Hilfsbedürftigen in den Stand setzen, sich und seinen unterhaltsberechtigten Angehörigen den Lebensbedarf selbst zu beschaffen. Hilfsbedürftig ist, wer den notwendigen Lebensbedarf für sich und seine unterhaltsberechtigten

Angehörigen nicht oder nicht ausreichend beschaffen kann und ihn auch nicht von anderer Seite, insbesondere von Angehörigen, erhält.

Zum notwendigen Lebensunterhalt gehören: der Lebensunterhalt, insbesondere Unterkunft, Nahrung, Kleidung und Pflege (diese Bedürfnisse werden durch die oben nach den Richtsätzen gewährten Barunterstützungen gewährt); ferner Krankenhilfe sowie Hilfe zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit und die Hilfe für Schwangere und Wöchnerinnen. Außerdem bei Minderjährigen: Erziehung und Erwerbsbefähigung; bei Blinden, Taubstummen und Krüppeln: Erwerbsbefähigung. Nötigenfalls ist auch der Bestattungsaufwand zu bestreiten.

Zu den eigenen Mitteln, die der Hilfsbedürftige einlegen muß, ehe ihm die Fürsorge Hilfe gewährt, ist sein gesamtes verwertbares Vermögen und Einkommen zu rechnen, besonders Bezüge in Geld oder Geldeswert aus gegenwärtigem Arbeits- oder Dienstverhältnis und aus Unterhalts- oder Rentenansprüchen öffentlicher oder privater Art. Als verwertbar gelten nicht Gegenstände, die zur persönlichen Fortsetzung der Erwerbstätigkeit unentbehrlich sind.

Die Fürsorge soll, besonders bei alten, bei noch nicht erwerbsfähigen und bei erwerbsbeschränkten Personen die vorherige Verwertung kleiner Vermögen oder Vermögensteile nicht ver-

langen, wenn dadurch die Not des Hilfsbedürftigen oder seiner unterhaltsberechtigten Angehörigen erheblich verschärft oder zur dauernden wird.

Bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit bleiben Zuwendungen außer Anschlag, die die freie Wohlfahrtspflege oder ein Dritter zur Ergänzung der öffentlichen Fürsorge gewährt, ohne dazu eine rechtliche oder eine besonders sittliche Pflicht zu haben. Dies gilt nicht, wenn die Zuwendung die wirtschaftliche Lage des Unterstützten so günstig beeinflusst, daß die öffentliche Fürsorge ungerechtfertigt wäre.

Zu bemerken ist ausdrücklich, daß sämtliche Unterstützungen (auch die Kleinrentner- und Sozialrentnerunterstützungen) zurückgezahlt werden müssen, wenn der Unterstützte in bessere Vermögensverhältnisse gekommen ist. Ebenso hat die Stadt Berlin einen Erstattungsanspruch an die unterhaltspflichtigen Angehörigen und an den Nachlass des Unterstützten. Bei dem Wiedereinzug gezahlter Unterstützungen soll aber möglichst human verfahren werden. Nicht zu ersehen sind: die Kosten der Wochenfürsorge, die Kosten der Erwerbsbefähigung von Blinden, Taubstummen und Krüppeln; Fürsorgeleistungen, die dem Unterstützten vor Vollendung seines 18. Lebensjahres gewährt worden sind. Der Erstattungsanspruch der Stadt Berlin verjährt in vier Jahren vom Ablauf des Jahres ab, in dem der Anspruch entstanden ist.

Erwerbslose als Opfer

1 1/2 Jahre Zuchthaus für Betrüger

Den gemeinen Betrüger ist jede Gelegenheit gut genug, um aus ihr Geld zu schöpfen. Selbst vor der ausweglosen Not seiner Mitmenschen macht er nicht halt; im Gegenteil, sie bedeutet für ihn die beste Konjunktur. Die unstillbare Sehnsucht nach Arbeit macht er sich zunutze, um auf Kosten der Erwerbslosen zu leben, ja, nicht selten auch zu genießen. Die Kautionschwinder sind die Betrüger im großen, die dem kleinen Mann unter Vorspiegelung, ihm eine Stellung zu besorgen, die letzten Ersparnisse herauslocken. Der sogenannte „Stellenvermittler“ tut daselbe im kleinen am Wohlfahrtsempfänger und nimmt ihm seine paar Pfennige ab, die er notwendig zum Unterhalt seiner Familie braucht.

Diese Stellenvermittler haben sich in der letzten Zeit außerordentlich vermehrt. Die Gerichte versuchen, ihnen durch harte Strafen das Handwerk zu legen. Da war zum Beispiel neulich ein junger Buchdrucker, der schon mehrmals wegen ähnlicher Betrügereien bestraft wurde. Er machte sich an Kollegen heran und versprach, ihnen in einem Großbetrieb Arbeit zu besorgen. Er sei dort selber angestellt, habe gute Beziehungen. Damit aber aus der Sache etwas werde, brauche er 3,65 M., denn eine Karte müßte in der Kartei angelegt werden. Die Leute fielen darauf herein und gaben die 3,65 M. her. Bis eines Tages ein Mann Mißtrauen schöpfte, zum Schein auf den Vorschlag einging und den Betrüger von der Polizei festnehmen ließ. Das Eigentümliche aber war, daß dieser Holunke einmal bereits auf freiem Fuß gelassen wurde und der Amtsanwalt das Verfahren gegen ihn eingestellt hatte, und zwar wegen Geringfügigkeit der Sache; er hatte nämlich dem Geschädigten das Geld zurückgezahlt. Daß der Amtsanwalt die Angelegenheit als gering

bezeichnen konnte, erscheint mehr als verwunderlich — das Schnellgericht verurteilte den Mann zu anderthalb Jahren Zuchthaus.

Ein Betrüger von der gleichen Sorte stand auch vor dem Schöffengericht. Diesmal war es ein Fleischergehilfe. Seine Opfer waren gleich ihm Schädertgehilfen. Er nahm ihnen 8,50 M. — also mehr, als die Wohlfahrtsunterstützung für eine Woche ausmachte — für einen Fleischerkittel ab. In vierzig Fällen ließen sich die Leute ins Garn locken, bis sich wieder ein Gewispieler fand, der ihn der Polizei übergab. Auch dieser Betrüger war bereits mehrfach wegen ähnlicher Betrügereien vorbestraft und wanderte gleich dem Buchdrucker ins Zuchthaus. Die Erwerbslosen sollten damit aber vor derartigen Lumpen gewarnt sein.

Beitrag des Gastes

Neue Wege der Winterhilfe

Die Berliner Winterhilfe beschreitet immer neue Wege, um Mittel für ihr Unterstützungsnetz zu erhalten. Die Tombola für die Glückspakete war ein voller Erfolg. Jetzt kommt etwas Neues: Der Beitrag des Gastes!

In den Gaststätten Berlins werden von dieser Woche ab die Kellner ihre Rechnungen auf der Rückseite von Schecks ausstellen, die zugleich die Quittung über einen geringen Beitrag für die Berliner Winterhilfe (1, 5, 10 oder 20 Pf.) ist. Die Vorderseite der Schecks trägt das Signum der Berliner Winterhilfe, die empfangende Hand im blauen Felde. Die Gastwirte kaufen von der Berliner Winterhilfe diese geblochten Schecks und legen

damit gleichzeitig den auf den Schecks verzeichneten Beitrag im voraus aus. Der Kellner entnimmt die Blöcke vom Gastwirt und zieht bei Ausfertigung der Nota für den einzelnen Gast den Pfennigbetrag ein.

Die Winterhilfe denkt bei dieser Neuerrichtung besonders an die Silvesterveranstaltungen, bei denen es manchem Gast sicher auch nicht auf den Betrag von 20 Pf. ankommen wird. Scheckhefte sind zu beziehen durch die Berliner Winterhilfe, Berlin C 2, Burgstr. 28, I. L. Norden 1928.

Folgenschwere Explosion

Durch brennende Taxe verursacht

Die Mieter des Hauses Kastanienallee 23, im Norden Berlins, wurden am Dienstagmittag durch eine heftige Explosion, die auf dem Hof des Grundstücks erfolgte, in Angst und Schrecken versetzt. Zahlreiche Fenster Scheiben wurden zertrümmert und durch eine fast haus hohe Stichflamme wurden die Fensterrahmen im 3. und 4. Stockwerk angebrannt.

Kurz nach 16 Uhr erschien an der Tankstelle, die sich auf dem Hof in der Kastanienallee 23 befindet, eine Autodrochse, deren Führer tanken wollte. Dabei geriet aus noch ungeklärter Ursache das Auto in Brand. Die Löschoversuche waren vergeblich und man mußte die Feuerwehr alarmieren. Gerade als zwei Löschiüge an der Brandstelle eintraf, erfolgte eine heftige Explosion. Der Benzinbehälter des Wagens flog unter Getöse in die Luft. Der Druck war so gewaltig, daß das Haus in seinen Fundamenten erschüttert wurde. Mitrend zersprangen die Fensterscheiben und einzelne Fensterrahmen gerieten in Brand. Die Wirkung der Explosion erstreckte sich bis zum Dachstuhl, wo die starke Dachrinne buchstäblich weggeschmolz. Holzteile in Brand gerieten und hell aufloderten. Durch das lauffähige Eingreifen der Wehr konnte die Gefahr beseitigt werden. Eine polizeiliche Untersuchung ist eingeleitet worden.

Geistige Waffen?

Wie fürs Trinken Propaganda gemacht wird

Der Verlag Knorr u. Hirth (München) gibt einen Deutschen Bierkalender heraus. Gedentage, wie es sich bei einem Kalender gehört. Am 1. Juli 1855: Gründung der Pagenhofer-Brauerei in Berlin. Bild dazu: Die bekannte Zeichnung von Käthe Kollwitz: „Mutter und Kind.“ An der Seite ein Text, der den stillenden Müttern Bier empfiehlt. Diese Empfehlung ist unterzeichnet: „Dr. Agnes Blum: Die Stillungsnot.“ Unterschrift: „Das Bier als Arznei für stillende Mütter.“

Es ist eine Infamie, Käthe Kollwitz, die eine Fülle von Bildern gegen den Alkohol geschaffen hat, zur Alkoholreflexe zu mißbrauchen. Käthe Kollwitz hatte Klage erhoben wegen unbefugter Benützung der Zeichnung. Frau Dr. Blum klagte gleichzeitig wegen Mißbrauchs ihres Namens unter einem ihr völlig fremden Text. Noch nie hat sie Bier für stillende Mütter empfohlen. Der Verlag und der Herausgeber des Kalenders sind dazu verurteilt worden, die beanstandete Kalenderseite zu entfernen, und im Kalender von 1933 eine Berichtigung zu bringen. Käthe Kollwitz erhält 100 Mark Schadenersatz. Außerdem haben die Beklagten 200 Mark an den Deutschen Verein gegen den Alkoholismus zu zahlen. Der Herausgeber des Kalenders, Josef Schuster, ist Hauptlehrer in München.



Juno-Raucher sind treu.

weil sie in dieser Cigarette stets ihre berechtigten Ansprüche auf Qualität, Frische und Format erfüllt sehen.

Das ist höher zu bewerten als Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine und Stickereien, die

JUNO

ausschließen muß, um ihre anerkannte Güte zu wahren.

So besteht eine Verbundenheit des Rauchers mit seiner Juno!



KON LINON

Wunschzettel des Publikums

Beachtenswerte Anregungen und Kritiken

Täglich, ja man kann ohne Übertreibung sagen stündlich gehen der Redaktion des „Vorwärts“ Anfragen aller Art aus dem Leser- und Bekanntheitskreis, mündlich, schriftlich und telephonisch, zu, die sich mit irgendeiner Angelegenheit des öffentlichen oder auch des eigenen privaten Lebens betreffen. Die Redaktion soll eingreifen und veröffentlichen, soll der Kritik des einzelnen zu allgemeiner Aufmerksamkeit und Geltung verhelfen, soll letztlich dadurch auf irgendeinem Gebiet Besserung schaffen. Mancher Zuschriftler sieht man auf den ersten Blick an, daß sie im Grunde genommen nichts weiter ist als ein literarisches „Mit-der-Faust-auf-den-Tisch-Schlagen“. Einer mußte seinem geprehten Herzen mal Luft machen. Zu Hause kann er es nicht, im Beruf kann er es erst recht nicht. So setzt er sich hin und schreibt der Redaktion, und dann ist ihm leichter und freier, und eigentlich ist die Sache damit erledigt. In den letzten Jahren haben sich jedoch jene Zuschriften gehäuft, die in Wahrheit Not- und Hilferufe verzweifelter Menschen sind. Entweder gehen dann beauftragte Sonderberichterstatter des „Vorwärts“ hinaus und halten Rücksprache mit diesen Menschen und schreiben jene Berichte, die das Gewissen der Regierungen, der Behörden und der Öffentlichkeit wahrheitsgemäß. Zuschriften aber, bei denen es sich um private Rechtsfragen handelt, werden der seit Jahrzehnten bekannten und bewährten Juristischen Sprechstunde des „Vorwärts“ zur Erledigung überwiesen (Vindenzstr. 3, Hof, Sprechstunde von 3-6 Uhr nachmittags — „Vorwärts“-Quittung mitbringen). Oder aber die Redaktion greift auch selber vermittelnd ein. Anders liegen die Fälle, in denen Zustände öffentlicher Einrichtungen — etwa Verkehrsweisen, Post, Steuerämter, Arbeitsämter, Wahlprüfstellen, Krankenhäuser usw. — kritisiert werden. Auch hier ist es manchmal ein momentaner Ärger über irgendeine kleine Unzulänglichkeit, über die Unhöflichkeit eines Beamten usw. Da bleibt aber auch eine berechtigte Kritik und eine beachtenswerte Anregung übrig, die der Veröffentlichung wert ist. Eine Auswahl derartiger zugegangener Einwendungen veröffentlichen wir wieder einmal; sie stellen gewissermaßen einen Wunschzettel des Publikums dar, und wir hoffen, daß alle, die es angeht, dieser Anregungen und Wünschen ernste Beachtung schenken.

Das leidige Wechselgeld

Sehr oft kann man morgens beobachten, daß die Schaffner mit den Fahrgästen auf der Straßenbahn oder auf den Omnibussen Streit bekommen, weil sie kein Wechselgeld haben. Armer Schaffner, armer Fahrgast. Was soll der Schaffner machen, wenn mehrere Fahrgäste 50 Pf., 1, 2 oder gar 3 Mark gewechselt haben wollen? Die BVG. gibt ihren Schaffnern keinen Pfennig Wechselgeld und ver-

langt, daß die Schaffner das notwendige Wechselgeld selber mitbringen. Es hat sich in den Kreisen der BVG.-Direktion anscheinend noch nicht herumgesprochen, daß die Schaffner bei den heutigen Löhnen und Preisen meist nur noch eine ganz geringe Geldsumme zum Wechseln zur Verfügung stellen können, denn das meiste oder fast alles Geld bekommt doch „Mutter“ zur Haushaltsführung. Die BVG. sollte also ihre Schaffner schleunigst mit ausreichenden Wechselgeldern versehen, damit die Streitigkeiten am frühen Morgen aufhören. Es macht einen kläglichen Eindruck, wenn die Schaffner in ihrer Angst, um Beschwerden zu vermeiden, von Fahrgast zu Fahrgast rennen und um die Wechselung von 50 Pf. bitten müssen.

Muß Umschreibgebühr sein?

Ich bin von meinen Eltern nach der Lauffer Straße gezogen und habe jetzt eine eigene Wohnung. In derselben sind nun elektrische und Gasanlagen vorhanden. Für die Umschreibung des früheren Mieters auf meinen Namen verlangen die Berliner Elektrizitätswerke 3 M. und die Städtischen Gaswerke 1,50 M. Umschreibgebühr. Auf meine Einwendung, daß ich wohlfahrtsrwerbslos bin und es mir schwer fällt von meiner geringen Unterstützung das Geld zu bezahlen, erhielt ich die Auskunft, daß ich mir das stunden lassen könnte, und eventuell monatlich mit 1 M. abzahlen kann. Nicht allein, daß uns Erwerbslosen das schwer fällt zu zahlen, es fällt ja auch den noch Arbeitenden genau so schwer bei dem geringen Verdienst. Meiner Meinung nach sind diese Umschreibgebühren viel zu hoch und 50 Pf. würden dafür auch genügen. Es ist doch bestimmt nicht viel Arbeit, wenn für den Namen Schutz der Name Müller eingeleitet wird. Ebenfalls ist auch die monatliche Miete für den elektrischen Zähler mit 80 Pf. viel zu hoch. Es heißt immer, brennt elektrisch usw., sauber und billig, aber diese hohe Zählermiete hält viele davon ab, elektrisch zu brennen. Mit 40 Pf., wie bei der Gasag, wäre diese Miete hoch genug angerechnet.

Wasser wird zum Luxus

Ich erlaube mir, Ihre Aufmerksamkeit auf die Charlottenburger Wasser- und Industriewerke A.-G. zu lenken, welche die Orte Charlottenburg, Wilmersdorf, Steglitz, Friedenau, Zehlendorf und weiter bis Zeuthen mit Trinkwasser versorgt. Ich füge Wasserrechnungen von zwei Stedlungshäusern in Wilmersdorf bei. Bei einem Haus in der Hanauer Straße (7 Köpfe) kostet der Kubikmeter Wasser 0,42 und 0,43 M., bei einem anderen Haus in der Hanauer Straße (3 Köpfe) 0,57 bis 0,62 M. Die Berliner Städtischen Wasserwerke berechnen 0,25 M. Die „Charlottenburger“ nimmt also 72 bis 148 Proz. mehr als die Stadt Berlin für die gleiche „Ware“.

Der Mord in Grüneberg

Geheimnisvoller Brief des Täters

Eine eigenartige Wendung hat die Untersuchung zur Aufklärung des Mordes an den 38 Jahre alten Landwirt Paul Schenk genommen. Schenk wurde bekanntlich auf seinem Gehöft in Grüneberg, nördlich von Oranienburg, von einem unbekanntem Täter am Hofort niedergeschossen.

In den Feiertagen traf bei dem Gemeindevorsteher von Grüneberg ein Schreiben ein. Der Briefumschlag, der die richtige Adresse mit der auffallenden Ortsbezeichnung Kreis Templin trug, enthielt zwei Anlichstkarten. Die eine stellt die Kirche in Kawa-Rusta, die andere Bettelweiber an der Kirche zu Biala dar. Auf den Karten befand sich mit Bleistift folgender Text: „Ich bin kein Verbrecher. Es ist die Pflicht jedes edelstehenden Menschen, einem Arbeiter ausbeuter wie Schenk einen gehörigen Denzettel zu geben, daß er zeitweilig daran denkt. Wer sich nicht scheut, die Kerkern der Obdachlosen bei unzureichender Ernährung, Bezahlung von früh bis spät auszunutzen, in Rot und Elend zu bringen, ist kein Mensch.“

Dieses Schreiben ist drei Tage nach der Tat am Heiligabend zwischen 15 und 16 Uhr auf dem Postamt in Ruhland (Rauß) von einem Unbekannten aufgegeben worden. Aus dem Schreiben geht deutlich hervor, daß der Schreiber die örtlichen Verhältnisse genau gekannt hat. Die Charakterisierung Schenks trifft nämlich bis zu

einem gewissen Grade zu. Er war gegen sich selbst sehr streng und verlangte gleiches Verhalten von seinen Angestellten, arbeitete von früh bis spät und legte selbst keinen Wert aufs Essen. Doch er damit bei seinen Arbeitern wenig Gegenliebe fand, ist verständlich, und so kam es, daß er im letzten halben Jahr nacheinander 17 Arbeiter hatte. Fast alle sind im Streit mit ihm fortgegangen. Er rechnete schon im vornherein damit, daß sie bald fortlaufen würden, denn er meldete sie weder polizeilich an, noch fragte er nach ihren Vaternamen.

Von der Nordkommission ist nun auf Grund des Schreibens eine großzügige Fahndungsaktion eingeleitet worden.

Glück im Unglück

200 Meter abgestürzt und unverletzt

Marchofen (Tirol), 27. Dezember.

Bei Hinterbug oberhalb der Bichelalm im Sillertal stürzte der 24jährige Sohn Oskar Klotow des Wirtinhabers der Buchdruckerei und Verlagsfirma Hermann Klotow, Berlin, Alexanderstr. 77/78, einen 200 Meter hohen Grashang herunter. Glücklicherweise wurde er von einem Schneefeld aufgefangen, so daß er unverletzt davorkam. Er wurde von Schülern eines Hochschulkurses der Deutschen Hochschule für Leibübungen unter Führung von Neukirch geborgen, die dort einen Skikurs abhielten.

Sie sehen aus den beiliegenden Rechnungen, daß die „Charlottenburger“ vierteljährlich eine Verwaltungsgebühr von 4,76 M., also jährlich 19,04 Mark erhebt. Wo in aller Welt nimmt der Kaufmann seinen Kunden, die ihm Ware abkaufen, eine Verwaltungsgebühr ab? Ich schätze, daß etwa 1 1/2 Millionen Wasserabnehmer demachen von der „Charlottenburger“ überverteilt werden.

Die immer noch teure Reichsbahn

Die heutige Kollage lenkt die Aufmerksamkeit auf den Personalfahrttarif der Reichs- und Privatbahnen. Mehr als 6 Millionen Menschen aller Berufsstände liegen erwerbslos auf der Straße, die Unterstützungslage werden immer geringer. Es ist nicht auszubedenken, wie die Armen noch zurechtkommen sollen, ohne von der geraden Bahn abzuleiten. Bestimmt haben diese Millionen noch nicht mit der Welt abgeschlossen, aber bald hat es den Anschein, als habe die Welt mit ihnen abgeschlossen. Wäre es nicht an der Zeit, daß die Reichs- und Privatbahnen einen Sonder-tarif für Erwerbslose, deren Familienangehörige sowie Rentenempfänger und Arbeitsuchende herausbrächten? Alle deutschen reichsangehörigen Erwerbslosen, deren Familienangehörige sowie Rentenempfänger und Arbeitsuchende, welche im Besitze eines ordnungsmäßigen Ausweises der zuständigen Zahlstelle oder Behörde sind, fahren in der 3. Wagenklasse auf allen Reichs- und Privatbahnen innerhalb des Deutschen Reichs für den halben Personalfahrttarif. Jeder fünfte Familienangehörige und darüber hat freie Fahrt. Tausende von jahresplanmäßigen Jüngen verkehren täglich von Station zu Station und sehr häufig ist nicht einmal der vierte Teil der Plätze belegt. Bestimmt würden die Bahnen keinen Schaden erleiden, wenn in einem oder dem anderen dieser Züge sich eine Anzahl Fahrgäste befinden würden, die nur den Vorzugstarif bezahlen. Auch die Berliner Vororttarife der Reichsbahn sind bei Ausflügen für eine Familie von 4 bis 5 Personen viel zu teuer und unerschwinglich. (Die hier gemachten Vorschläge sind durchführbar. Zunächst läßt die Reichsbahn bereits alle Soldaten der deutschen Reichswehr statt für 4 Pf. für nur 1 1/2 Pf. den Kilometer in der dritten Klasse fahren, ermäßigt also den Satz weit über die Hälfte. Sodann haben die österreichischen Bundesbahnen für die Vor- und Nachsaison die Bestimmung, daß bei gemeinsamen Hin- und Rückfahrten ganzer Familien das zweite Familienmitglied einen um 25 Proz. ermäßigten, das dritte Familienmitglied einen um 50 Proz. ermäßigten Fahrpreis bezahlt, während sämtliche übrigen Familienmitglieder vollständig unentgeltlich befördert werden. Die österreichischen Bundesbahnen beweisen also ein weitgehendes Verständnis für große Familien. Red. des „Vorwärts“.)

Die Weihnachtsreisen

Verkehr geringer als im Vorjahr

Wenn auch den Winterportlern durch das milde Wetter die Weihnachtsreise und die Sportfreude verdorben worden ist, so haben dafür von den auch in diesem Jahr herausgegebenen wesentlich verbilligten Weihnachtsreisefahrtkarten alle die profitiert, die sich auf einen Verwandtenbesuch zum Fest gefreut haben. Viele, die die Festtage wahrscheinlich sonst zu Hause verbracht hätten, sind durch die mit der Festtagsrückfahrkarte gekaufte Reiseverbilligung erst zu einer Weihnachtsreise veranlaßt worden, und manche werden auch noch nach dem Fest diese Erleichterung ausnutzen, da die Festtagskarte noch bis zum 1. Januar zur Hinfahrt benutzt werden kann und ihre Gültigkeit erst am 10. Januar erlischt.

Berlins Weihnachtsreiseverkehr erreichte nicht ganz den Umfang des Vorjahres. In der Zeit vom 21. bis 26. Dezember wurden auf den Berliner Fernbahnhöfen neben den verstärkten jahresplanmäßigen Jüngen insgesamt 176 Vor- und Nachzüge und 5 Sonderzüge abgefahren. In den Fahrkartenausgaben der zehn großen Fernbahnhöfe sowie in den Ausgabestellen des D.R.G.-Reisebüros wurden in der Zeit vom 20. bis 24. Dezember insgesamt 244 470 Fahrkarten ausgegeben (im Vorjahr: 284 000 Fahrkarten). Unter Berücksichtigung des Durchgangsverkehrs und des Verkehrs an den beiden Feiertagen selbst haben in der Zeit vom 20. bis

26. Dezember insgesamt 310 000 Personen die Reichshauptstadt mit den Fernzügen verlassen. Der S-Bahn- und Vorortverkehr war an beiden Feiertagen etwas stärker als im Vorjahr: am 25. Dezember wurden 940 000 (i. V. 910 000), am 26. Dezember 1 080 000 (i. V. 1 040 000) Fahrgäste gezählt.

Auf den drei Dresdener Bahnhöfen wurden in der Zeit vom 23. bis 26. Dezember insgesamt 140 000 Fahrarten gegen 164 000 im Vorjahr verkauft. Davon waren 63 Proz. Sonntagrückfahrarten. Trotz des Mangels an Schnee beförderten die Kraftverkehrsgeellschaften in etwa 30 Sonderwagen meist auswärtige Gäste, darunter viele Berliner, nach dem Erzgebirge.

Im Weihnachtsverkehr im Harz ist die Preisermäßigung der Fahrarten stark in Erscheinung getreten. Die Züge, insbesondere aus Berlin und Hamburg, waren gut belegt. Die Reisenden waren größtenteils Erholungsuchende. Im Riesengebirge war der Verkehr hingegen recht schwach; er blieb sogar noch hinter dem vorjährigen Weihnachtsverkehr zurück, der gleichfalls unter ungünstigen Wetterverhältnissen litt. Selbst in den Kammgebirgen war kein Hochbetrieb.

Die Verhaftung Brolats

Die plötzliche Verhaftung des BVG.-Direktors Fritz Brolat, der gestern vormittag nach seiner verantwortlichen Berechnung durch Landgerichtsrat Dr. Wittendorf vom Landgericht III auf Antrag von Oberstaatsanwalt Seebe wegen Weisensverdachts und Fluchtverdachts festgenommen und ins Untersuchungsgefängnis gebracht wurde, hat die Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Treitel und Rechtsanwalt Dr. Rübell veranlaßt, mit dem Verhafteten Rücksprache zu nehmen. Die Verteidiger beabsichtigen, Antrag auf Haftentlassung zu stellen.

In wenig Worten

In den Ausstellungshallen am Karierrdamm stürzte kurz nach Mitternacht der dort beschäftigte 31jährige Mechaniker Artur Kahner aus der Gosanderstr. 2 von einem Wandelgang aus 5 Meter Höhe in die Tiefe. Er erlitt Gefäßverletzungen und einen Nervenstoß und wurde in das Krankenhaus Westend eingeliefert.

Die Elbmündung und die Deutsche Bucht liegen seit drei Tagen in dichtem Nebel. Der große Schiffsverkehr, der stets zu Weihnachten herrscht, erlitt eine katastrophale Unterbrechung. 150 Schiffe mußten vor Anker gehen, um bessere Sicht abzuwarten und liegen zum Teil noch still.

Der 22jährige Student Friedrich Martisch erlief gestern in Wienwald bei Wien die 15jährige Berta Eibl und stellte sich dann der Polizei in Wien. Als Grund zu der Tat gab er verknüpfte Liebe an.

Im Nordostseeanal stießen bei Kilometer 64 der sinnliche Dampfer „Ester Thorden“ und der Motorjocher „Jupiter“ zusammen. „Jupiter“, der eine Zwiebelladung an Bord hatte, lief voll Wasser und liegt an der Nordböschung des Kanals. Der Verkehr im Kanal ist nicht gestört.

Wie wird das Wetter?

In Berlin: Meist bedeckt, zeitweise Dunst oder Nebel, wenig Wärmeänderung. — In Deutschland: Ueberall Fortdauer des neblig-trüben Wetters, nachts vielfach leichte Froste.

Ein Dachstuhlbrand in der Nordbahnstraße 10 in Pankow scherte gestern abend den ganzen Dachstuhl und eine darunter liegende Wohnung ein, die vollkommen ausbrannte. Das Feuer fraß sich bis in die Wohnungen des dritten Stockwerks durch. Die Dachtrümmer stürzten auf die Straße.

Auf dem altbairischen Markttag in der Hauptstadt wird sich weiterhin ein frohliches Treiben abspielen. Der trauliche und verlockende Platz, umrahmt von hübschen Bürgerhäusern, bietet den Himmelsgenossen Rahmen für die wiederkehrenden Wein-Weibe-Wechen, die schon vor Jahren mehrmals den Berlinern eine überraschende Probe der köstlichen deutschen Weine vermittelten. Unter Mitwirkung der deutschen Winzergenossenschaften haben einige Berliner Weinhandlungen den früheren Gedanken aufgenommen und werden besonders den Ausklang offener Weine, wobei hervorragende Lagen in Originalflaschen gereicht werden, pflegen. In jedem Donnerstag, Sonnabend und Sonntag ist alle wiederum Gelegenheit, bei Musik, Tanz und Belustigungen ein paar legerenre Stunden zu verleben. Durch niedrige Preise soll guter deutscher Wein propagiert werden und auch der Eintrittspreis mit 50 Pf. bzw. 30 Pf. im Vorverkauf ist so gehalten, daß sich jedermann einen billigen Genuß froher Stunden verschaffen kann.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

19. Kreis-Vorstand. Die Sitzung des Kreisvorstandes mit den Wohlfahrtsopfern findet Mittwoch, 19 1/2 Uhr, im Lützlichen Platz, Breite Straße, statt.

20. M.M. 8. Gruppe: Mittwoch, 26. Dezember, 20 Uhr, Generalversammlung bei Schütz, Weißstr. 90. Renzwahl der Gruppenleitung.

Frauenveranstaltungen.

48. Abt. Bei der am 29. Dezember, 18 1/2 Uhr, im Patrieheim Schöneberg, Str. 42, Hof 1, Kassen, stattfindenden Ferienkassen (spricht die Genossin Böhm-Schub). Das Besondere der Kassen ist mit.

91. Abt. Winterabend bei Grimm, Reichenstr. 10-11, Mittwoch, 19 1/2 Uhr. Ansprache der Genossin Schreiber. Rezitationen des Genossen Raumann. Kuchen dürfte mitbringen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Friedrichshagen, Abt. Strelitzer Viertel: Zur Teilnahme an der Familienfeier in der Villa Lorenz treffen sich alle Familien (in Familienkleidung) heute, 17 Uhr, vor dem Dogenheim. Die Familien mit den Musikinstrumenten müssen erscheinen. Der Gruppenabend fällt heute aus. — Freitag, 30. Dezember, Gruppenabend. Zur Teilnahme.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

82. Abt. Unser langjährigster Genosse, der Restaurateur Hermann Schütz, ist am 24. Dezember verstorben. Obse seinem Andenken! Die Bel-

ehrung findet Donnerstag, 29. Dezember, 18 1/2 Uhr, auf dem Postplatzhof (Schillerplatz, Kassen Platz, Kant.) im jährlichen Beistellung wird gebeten. (Fahrverbindung: Straßenbahn 177.)

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Deutsche Bauernschaft der Provinz Posen, Groß-Berlin, S. B. Weihnachtsfeier am Mittwoch, 26. Dezember, 19 Uhr, in der Rindl-Brauerei, Reichenstr. 214-215.

Deutsche National-Gesellschaft S. B., Ortsgruppe Berlin, Montag, 2. Januar, 19 1/2 Uhr, Kassenamt, „Schillerplatz“, Kassenplatz Str. 12, Lichtbildvortrag Dr. Herbermann: „Reine Sozialisten 1932“. Bitte herzlich willkommen.

Langslow English Debating Club, Bülowstr. 104: Heute Mittwoch, 26. Dezember, abends 8 1/2 Uhr: General-Discussion: „Are we political?“ Gäste willkommen.

Zwei Lebende und ein Toter

Roman von
Sigurd Christiansen

131

5.

Was Lüderfen bei der Unterredung auf dem Büro des Postdirektors am empfindlichsten getroffen hatte, war weder Bergers Anspielung auf seine geringere Intelligenz, noch die Behauptung, daß er weniger kaltblütig sei. Beides war an sich beleidigend genug. Aber man konnte es als Ausbrüche einer heftigen Augenblicksstimmung auffassen, als eine Störung des Gleichgewichts infolge der Katastrophe.

Was ihn aber wirklich getroffen hatte, war die Bemerkung von der kleidamen Bandage. Die war ein persönlicher Ueberfall und enthielt einen wirklichen Stachel, den man nicht so einfach außer acht lassen konnte. Sie verriet, daß Berger sich über den sichtbaren Beweis von Lüderfens größerem Mut geärgert hatte. Sie verriet aber auch, daß nach Bergers Meinung er — Lüderfen — zu sehr prahlte. Es schien ihm fast, als sei Berger der Meinung, er sei ein eifriger Narr und Lokettiere mit seinem mutigen Auftreten.

Und das sah. Eine boshafte und rachegeierige Niedertracht war es. Es war sozusagen wie Schmutz in einer Wunde.

Aber wenn Schmutz in eine Wunde kommt, strömen die weißen Blutkörperchen zu Hilfe und vertreiben ihn. So auch bei Lüderfen. All sein aufgespeicherter Unwille gegen Berger, aller Groll des weniger tüchtigen Kollegen strömte zusammen und formte sich zu einem verächtlichen Haß gegen Berger. — Was war denn der und was bildete er sich ein? Hatte er sich nicht in der Stunde der Gefahr deutlich als feiger Stümper gezeigt? Als ein Angsthase? — War der ein Mensch, auf den man Rücksicht zu nehmen brauchte?

Aber wo die weißen Blutkörperchen sich um den Schmutz sammeln, entsteht Eiter. So auch bei Lüderfen. Es brannte und schwärzte ihm in der Eitelkeitswunde und sie entzündete sich. Es war wie ein Geschwür an der Persönlichkeit selbst. Und nun lag ihm alles daran, daß das Geschwür aufbräche.

Keine Gelegenheit war ihm zu geringfügig, um Berger anzuknurren. Beim Postdirektor, bei den Kollegen und bei einer abermaligen Unterredung auf der Polizei. Dies tat er nicht etwa mit großer Geistes- oder mit überzeugendem Pathos. Er tat es mit kleinen, geringschätzigen Seitenhieben, jeder für sich kaum mehr als ein Ahselzucken. Nach und nach wurden sie der steile Tropfen, der den Stein höhlt.

Alles dies war nicht Ueberlegung. Es geschah instinktiv — ohne weiteres Nachdenken.

Die Woche über redete er nicht mit Berger, nicht ein Wort. Er sah ihn nur, wenn er an ihm vorbeigehen mußte, mit schwerer, vorwurfsvoller Verachtung an.

Der Kerl soll sich bloß nichts einbilden. Ein bißchen mehr praktische Tüchtigkeit mag er ja haben, wenigstens möchte er, daß es so wäre. Aber warten wir's nur ab. Wer weiß, ob auf die Dauer nicht auch andre Eigenschaften in Betracht kommen. Er soll sich bloß nicht erhaben dünken.

Lüderfen lebte in einem fogenannten besseren Pensionat. Seine Mitpensionäre bestanden aus ein paar Lehrerinnen, der Inhaber eines Handarbeitengeschäfts, einigen Ingenieuren, einem Bankkassierer und einem Steuerinspektor. Im ganzen zehn — elf Leute, die in Gruppen auftraten. Die Damen bildeten eine Gruppe für sich, die Ingenieure eine zweite, der Bankkassierer und der Steuerinspektor bildeten eine Gruppe für sich, die Ingenieure bildeten eine etwas lockere Formation und die vierte Gruppe bestand aus Lüderfen ganz allein.

In den drei Jahren, die er in dieser Pensionat wohnte, hatte er mit den anderen Gruppen wenig Verkehr gepflegt. An den Besichtigungsgesprächen bei Tisch nahm er in der ihm eigenen, etwas verdrossenen Weise ohne besonderen Eifer teil, und es kam auch vor, daß er abends im Salon erschien. Zum Beispiel, wenn in den Kinos das Programm zu schlecht oder das Wetter zum Ausgehen zu scheußlich war.

Dieses letztere war an dem Sonntag nach Quisthus' Beerdigung der Fall.

Nach dem Abendessen hatten sich sechs Leute im Salon niedergelassen. Die Damen-Gruppe vollzählig, Ingenieur Engelhardt, Bankkassierer Rognos und Lüderfen.

Die Damen saßen in der Sofaecke und plauderten halbblau bei ihrer Patience, Ingenieur Engelhardt las einen Detektivschmöker und Lüderfen ging langsam im Zimmer auf und ab, während der Bankkassierer Rognos nervös auf dem ziemlich perstimten Klavier spielte.

Lüderfen war recht übler Laune. Er befand sich in einer Art Kagenjammer nach dem Mittelpunktsein einer ganzen Woche. Das Leben war im Begriff, wieder in die alte wohlbekanntes Einformigkeit zurückzuebben. Den ganzen Nachmittag hatte kein Mensch ihn gefragt und keine brauchbare Gelegenheit hatte sich ergeben, sein Wissen auszutragen.

Wie er da ging, sah er mit gerunzelter Stirn zu Boden, als ob er etwas sehr Schwieriges durchdachte. Und doch beschäftigte ihn nur das eine. Ein paarmal machte er in der Nähe der anderen Gruppen halt und betrachtete sie mißbilligend.

Die Damen kamen noch am besten dabei weg. Diese Ansammlung altlicher Rippfiguren hatte ihn weiblich verhimmelt. Aber dieser Engelhardt hätte ihn eigentlich mal

Denkmal der Wahrheit

Chinesische Erzählung / Von Han Songkeng

Nördlich von Peking, der alten Hauptstadt des Reiches der Mitte, liegt etwa einen Tagemarsch entfernt das kleine Dörfchen Pelingtau in einem öden Tal zwischen fahlen Bergen. Auf einem Platz in der Mitte der Ortschaft ragen einige uralte Eichen, Eschen und Buchen gen Himmel. Tag und Nacht ziehen hier die Karawanen vorbei mit Kamelen und kleinen Pferden, Eseln und Maultieren; sie kommen von der Mongolei über die große Mauer und streben gen Peking oder sie bringen Ware von der Hauptstadt zu den Barbaren im Nordwesten. Ununterbrochen dröhnt es im Dorf von den Schlägen des Gongs und der Handtrommel, ohrenbetäubend schwillt oft der Lärm, und dazwischen tropft in allen Tönen das Kling-Klang der Viehglöckchen. In der Stille der Nacht wirkt der Lärm doppelt laut, aber die Dorfbewohner haben sich daran gewöhnt und lassen sich nicht mehr stören. Befriedigt schlafen sie, ehe sie schlafen gehen, auf das Hin- und Hergeroge der bunten Lampen und Fackeln im Karawanenbetrieb, dem sie ihren Wohlstand verdanken.

Die Dörfchen von Pelingtau hatten einen guten Ruf in der ganzen Gegend und waren dafür bekannt, daß sie die Gehege der alten Lehrer hochhielten. An Ehrbarkeit und Nächstenliebe galten sie überall als Vorbild. Kein Mafel lag auf der Gemeinde.

Da, in einer dunklen Herbstnacht, fand man zwischen Pelingtau und der Ortschaft Malingtan im Tal an den unteren Werten einer Buche zwei Männer und eine junge Frau erhängt auf. Man erkannte die Toten sofort, aber alle standen vor einem Rätsel. Was war die Ursache?

Erst mühselige Nachfragen ergaben die Zusammenhänge.

In Malingtan wohnte Woang Tsching Bai mit seinem alten Vater, in Pelingtau sein jüngerer Bruder Jung Bai mit seiner jungen Frau. Eintracht, Liebe und Vertrauen herrschte zwischen ihnen. Eines Tages besuchte Tsching Bai seinen Bruder in Pelingtau. Als er ins Zimmer trat, sah die Schwägerin gerade vor dem Spiegel und schmückte sich. Sie genierten sich beide ein bißchen, sprachen aber doch miteinander. Der Mann werde gleich heimkehren, sagte die Frau.

Im Verlauf des Gesprächs sahen sie eine kleine

Also sprach . . .

Dante Alighieri, der größte Dichter des mittelalterlichen Italiens, diente vor seiner Verbannung für ein geringes Gehalt in der Verwaltung seiner Vaterstadt Florenz. Klarlichtige, kritische Menschen, die das, was ihnen nicht als Recht und Gerechtigkeit erscheint, sogar aufschreiben, empfahlen sich schon damals mit solcher Literaturerzeugung nicht gerade für große Karrieren im Staatsdienst. Die anderen, weniger charaktervollen Hofleute, ja sogar die Hofnarren, die lebten jedenfalls viel besser in Florenz.

Und es müßten keine Hofnarren gewesen sein, wenn sie aus ihrem besseren Gehalt nicht die Berechtigung abgeleitet hätten, das Genie zu höhnen. „Wie kommt es“, sagten sie zu Dante, „daß Ihr mit all Eurer Dichtkunst so arm bleibt, während sogar wir Hofnarren im Ueberfluß leben und uns noch ein Erkleckliches zurücklegen können?“

„Auch ich würde reich sein“, erwiderte Dante, „wenn ich das Glück hätte, einen Brotgeber zu finden, der mir gleich ist an Geist und Sinn.“

M. M.

fragen können. Wozu las er Räubergeschichten, wenn sich in Wirklichkeit ein Roman dicht vor seiner Nase abspielte und er unter einem Dach wohnte mit dem Helden des Romans? Er hatte ihn die ganze Woche nicht gefragt. Na ja, einerlei. Er war ein weichtlicher, wigelnder Idiot. Da war es mit Rognos schon ärgerlicher. Der war doch wenigstens ein strammer Kerl, ganz nett, wenn er sich mal im Hause zeigte. Aber auch der hatte ihn nicht gefragt. Er hatte nicht einmal ordentlich zugehört.

Lüderfen sah ihm zu und ärgerte sich grün und blau über die langen, schlanken Finger, die mit sich selbst um die Wette über die Tasten liefen. Blödsinn! dachte er, wie kann sich ein erwachsener Mensch dazu hergeben, stundenlang auf dem Wimmerkasten herumzuklimpern. — Uebrigens spielt er heute besonders nervös.

Aber auch Rognos schien sich zu ärgern, und zwar über Lüderfen; denn plötzlich brach er mitten in einem Lauf ab, sprang auf und fragte mit einer gewissen Gereiztheit: „Wollen Sie mir einen Gefallen tun, Lüderfen?“

Lüderfen sah verdorrt aus. Eine schwerfällige, träge Verworrenheit stieg in ihm auf, die ihn am Antworten verhinderte. Er stand nur und glogte ihn an.

„Dann nehmen Sie bitte die Bandage ab, sobald sie nicht mehr notwendig ist!“

Die Worte erregten die Aufmerksamkeit

des Salons. Sämtliche Anwesende blickten von ihren geistigen Interessen auf und sahen erstaunt die beiden an.

Da tauchte Lüderfen mitten in seiner augenblicklichen Stimmung die Erinnerung an die infame Bemerkung Bergers auf: Hättet ihr beide auch etwas mehr Zeit gehabt, so läge Quisthus heute nicht in seinem Sarge und du wärst ohne die kleidame Bandage!

Er fühlte sich völlig überrumpelt. Er verstummte total und sah verblüfft und verwirrt in Rognos' nervöses Gesicht.

Der Bankkassierer unterbrach als erster die Stelle: „Sie tragen den Lappen ja wie ein eisernes Kreuz“, sagte er. „Ist es etwa ein Heldentat, sich übereilt zu benehmen? Außerdem habe ich im Krankenhaus erfahren, daß es mit der Wunde da nicht viel auf sich hat. Immer und ewig diese Helde- und Krankenhausreminiszenzen mitanzusehen, das kann einen ja verrückt machen. Sie können den Verband ruhig abnehmen. Kommen Sie, ich helfe Ihnen. Wir legen Haar darüber. Dann sieht es wenigstens nicht so widerlich aus.“

Das war ja unerhört! Ein phantastisches Ereignis in der Geschichte des Pensionats! Und keiner wagte zu mühen. Keiner konnte sich ermannen, einzugreifen, ehe es geschehen war. Ehe es zu spät war.

(Fortsetzung folgt.)

Hauptstadt der Mongolei. Dicht vor dem Dorf liegen hier noch die alten Schöpfbrunnen, aus denen einst Millionen von Menschen und Vögeln ihren Durst gelöscht. Auch die Riesebäume stehen hier, darunter mühselige Wanderer jahrhundertlang ersehnten Schatten gefunden. Ganz vorn am Wege ragt eine Buche, von der die Alten berichteten, sie sei mehr als tausend Jahre alt. Jedes Jahr bekommt der Baum ein Dorfpferd, unzählige Kinder und Schweine sind ihm zu Ehren geschlachtet worden. Unter dieser Buche sah Jung Bai jemand stehen.

„Wer sind Sie? Was machen Sie hier?“ fragte er ängstlich. Keine Antwort. Er ging näher. Die Gestalt hing in der Luft an einem Ast. Die Füße berührten fast den Boden. Jung Bai schrie auf. Er zitterte wie ein feierendes Kind. Er ist es! Ich bin sein Mörder! Mit seinem Tod wollte er seine Unschuld beweisen. Und meine Frau?

Nur von dem einen Gedanken erfüllt, roste er nach Hause. Da brannte die Kerze immer noch, aber sonst war alles unverändert still. Verzweifelt malte er einige Zeilen auf ein Stück Papier und legte es deutlich sichtbar mitten auf den Tisch. Dann ging er wie im Traum und unbeteiligt zu der Buche zurück und gesellte sich zu seinem toten Bruder.

Es war schon tiefe Nacht, als die Frau von ihren vergeblichen Irrwegen im Dorf in das Haus zurückkehrte. Von Angst geschüttelt, erblickte sie das Licht, das vorher nicht dagewesen war, und den Zettel auf dem Tisch unter der brennenden Kerze.

Dann las sie, und ihre Augen wurden ganz weit vor Entsetzen. Kann so etwas sein? Heut abend noch vor Sonnenuntergang haben wir geschworen und gelacht, und nun ist er für immer von mir fortgegangen?

Kaum sah sie durch ihre Tränen, was sie auf die Rückseite des Zettels schrieb, den ihr Mann hinterlassen hatte. „Als ich in die Ehe trat“, war da zu lesen, „habe ich meinem Gatten geschworen, ihm bis zum Tod zu folgen. Ich halte mein Versprechen und folge ihm nach.“

Schluchzend nahm sie Abschied von allen Gegenständen des Hauses und machte sich auf den letzten Weg, den ihr das Schicksal bestimmte hatte.

Jergendwo heulte ein Hund. Schon gaben von allen Seiten die anderen bellende Antwort. Fern auf der Landstraße ertönten lärmende Geräusche aller Art. Eine Stimme schimpfte, und andere riefen lachend zurück. Immer jünger werden die Schritte der jungen Frau. Wie oft hat sie diesen Weg zum Schöpfbrunnen wohl schon gemacht im Leben, jeden Tag mehrmals hin und zurück? Und nun wird sie nie wieder heimkehren.

Endlich steht sie vor dem Geisterbaum und den zwei stummen Bestrafen.

Dreimal verbeugt sie sich tief gegen den Baum und spricht: „Herrlicher des Himmels und ihr Götter auf der Erde! Wenn wollten wir noch wie andere Menschen durch eure Gnade ein paar Jahre leben, aber es scheint, die Welt ist uns versagt. Laßt unseren Tod der Nachwelt eine Mahnung sein! Wer scheinbar schuldig aus dem Leben ging, ist oft frei von Fehl — — — die Lebenden tragen Schuld. So gehe auch ich. Ein Weib ohne Gatten ist wie ein Haus ohne Dach. Mein Herr Gatte hat mich geliebt — — — er ist nun von mir geschieden, und ich folge ihm treu ins Jenseits.“

Weiß und kalt leuchtet der Mond über den öden Bergen. Ein Wind fährt durch die Buche, raschelnd rieseln rote Herbstblätter auf die drei Toten. In dieser Nacht fingen alle Hunde im Dorf an zu heulen und liefen alle dem Baum. Als sie nicht aufhören wollten, gingen einige alte Männer hinaus und sahen, was geschehen war.

An der Beerdigung der drei beteiligten sich Tausende aus der weitesten Umgebung. Sie kamen nicht aus Neugierde sondern aus Hochachtung. Unter der Buche wurde ein Denkmal errichtet mit der Inschrift:

„Woan Se Tsching Fung.“

„Nur die Wahrheit bleibt ewig.“

